

1. VII. 1930

Stückpreis 7 Pfennig

R. Jahrgang X Nr. 13

1. Juliheft 1930

Der Heimatdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Oberbürgermeister Dr. Ahenanger, Köln, Der Rhein frei!
Dr. Böhm, Nürnberg, 12 Jahre Jugendberufszeit am Rhein; Herr Meyer, Köln,
Als wir besetzt waren; Die französische Sicherheit nach der Abnahme; Herr
Genners, Im Nollensput; Darius Gilberts letzte Beichte; Bog-Bal Hornitz,
Erbauung - deutsche Wirtschaftspolitik; Richard B. B., Die Volkswirtschaft
in Ost und Westpreußen im Jahre 1929; Worglitz, Nach der Volksabstimmung.

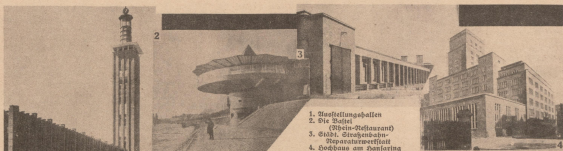
In Kommission:
Zentralverlag o. m. Berlin W 35
Halbjährlich 3,60 Mark / Jährlich 7,20 Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Deutschlands Strom

Der Rhein frei!

Von Dr. A. Denauer, Oberbürgermeister der Stadt Köln.

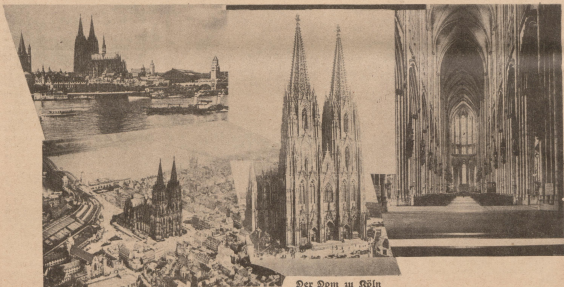


1. Ausstellungshallen
2. Die Seilei
(Rhein-Restaurant)
3. Städt. Straßenbahn-
Reparaturwerkstatt
4. Hochhaus am Denninger

Die rheinische Bevölkerung greißelt mit Freude den Tag, an dem der letzte Besatzungssoldat den rheinischen Boden verläßt. Wir wollen an diesem denkwürdigen Tage, der den Abschluß jener leidvollen Zeit bildet, die mit dem Zusammenbruch im Jahre 1918 anhub, keine dunklen Erinnerungen in uns wachrufen. Aber das dürfen wir Rheinländer heute wohl vor der Geschichte feststellen, daß wir für unsere und des Rheines Freiheit in den zurückliegenden zwölf Jahren viel gelitten haben. Ich will diese Leiden jetzt nicht aufzählen; der Gedanke, daß wir nicht umsonst gekämpft und gelitten haben, daß wir alles für die deutsche Volksgemeinschaft und für die Zukunft des Deutschen Reiches ertrugen, soll uns vieles vergessen lassen. Was aus der Besatzungszeit aber nachwirkt, das sind die zahlreichen wirtschaftlichen Schäden, die dem Rheinland zugefügt worden sind. Es ist nicht von ungefähr, daß das einst blühendste Arbeitsland des Reiches, der Westen Deutschlands, prozentual die höchsten Arbeitslosenziffern aufzuweisen hat. Der Grund hierfür liegt zum sehr

großen Teil in den Störungen und Hemmungen, unter denen die ganze rheinische Wirtschaft während der Besatzungszeit zu leiden hatte. Dieser Hinweis scheint mir nötig, weil das besetzte gewesene Rheinland sich allein nicht helfen kann, weil es auf die Hilfe des Reiches und des Staates angewiesen ist, und weil gerade in unserer Zeit das Gesehene über dem Heute nur zu leicht und zu schnell vergessen wird.

Wenn es mir am Herzen liegt, daß die Schäden der Besatzung bald beseitigt werden und das Rheinland wieder entwicklungsfähig gemacht wird, dann habe ich dabei auch die Zukunft im Auge. Wir Rheinländer betonen mit stolzer Genugtuung, daß uns für alle Zukunft genau so wie in der jüngsten bittersten Vergangenheit die Freiheit des deutschen Stromlandes wichtiger sein wird als das persönliche Wohlergehen des einzelnen. Aber das Rheinland ist Grenzland geworden, es steht nach wie vor auf vorgeschobenem Posten. Für wirtschaftliche Gesundheit des Grenzlandes zu sorgen, ist ein erprobter, elementarer Grundsatz jeder Staatspolitik. Nur ein wirtschaftlich gesundes Rheinland wird seine geschichtliche Aufgabe, Hüterin und Künlerin deutschen Wesens und deutscher Kultur und gleichzeitig Brücke zu den übrigen westeuropäischen Ländern zu sein, ganz erfüllen können.



Der Dom zu Köln

Rückblick auf zwölf Jahre Fremdherrschaft am Rhein.

Von Dr. Razi Baden.

Am 30. Juni 1930 hat die im Versailler Vertrag Deutschland auferlegte Besetzung des Rheinlandes, die nach dem Wortlaut des Vertrages bis zum 10. Januar 1935 dauern sollte, ihr Ende gefunden. Mit dem Abmarsch der letzten französischen Truppen aus der Besetzungsgasse hat — es ist seine Abtreibung dies auszupprechen — eine Epoche der deutschen Geschichte ihren Abschluß gefunden.

Sie hatte mit dem Einmarsch der ersten Vorhuten der alliierten Truppen ins Rheinland am 1. Dezember 1918 ihren Anfang genommen. Von einem bedeutungsvollen Gefächtsabschnitt zu sprechen, ist nun nicht so sehr dehalb berechtigt, weil der vaterländische Boden nach einem gewaltigen verlorenen Kriege während dieser zwölf Jahre das Schicksal der Besetzung durch die Truppen der siegreichen Kriegsgegner ertragen mußte, sondern in der höheren Mäße, weil in dieser Zeit und mit in erster Linie als Folge dieser Besetzung die deutsche Nation und ihr Staat um Sein oder Nichtsein kämpfen mußten, das durch Bismarck gezeugene Ergebnis der neueren deutschen Geschichte, die Reichseinheit, in Frage gestellt war und durch den Willen des deutschen Volkes und die weltpolitische Konstellation von neuem befestigt und für unabsehbare Zeit gesichert wurde. Wir dürfen uns heute rückwärtend noch einmal klarmachen, wie in dieser zwölfjährigen Gefächtsperiode das deutsche Volk sich seiner Vergangenheit wert erwies, wie sein politischer Wille die größten Gefahren, die es bedrohten, überwand. Wie überlieferten das hoffentlich letzte Kapitel jenes tausendjährigen Kampfes um den Rhein, der früher Römer und Germanen, später Franken und Deutsche immer wieder zum Kampfe antreten ließ, und der mehr als einmal Europa als Ganzes in Flammen setzte. Durchgehens wie uns mit dem Gefühl für die Bedeutung der Stunde, wenn am 30. Juni die französische Trifolone im Rheinland wiedergezogen und die Fahne der deutschen Republik an ihrer Stelle hochgezogen wird. Es ist eine symbolische Handlung, die sich da vollzieht, eine Bestätigung tausendjährigen Schicksals, die Befestigung des Willens einer langen Reihe von Generationen, ein Sieg deutschen Volkstums und deutscher Kultur an der zentralen Stelle Europas. Denn noch einmal ward in diesen zwölf Jahren die Frage aufgeworfen, ob der Rhein deutsch oder französisch, ob das Land an ihm lateinisch oder germanisch sein würde, und ob die staatenbildende Kraft deutschen Volkswillens vor französischem Macht- und Herrschaftstreiben versagen oder sich siegreich behaupten würde. Das deutsche Volk hat gezeigt, daß es sich in dem Sattel halten kann, in den es der größte Staatsmann, den ihm in der neueren Zeit das Schicksal schenkte, Bismarck, gesetzt hatte. — Wert und Bedeutung dieser Stunde kann man schwerlich unmittelbar inne werden, als wenn man die wichtigsten Daten und Ereignisse dieser letzten zwölf Jahre noch einmal in aller Nüchternheit an sich vorüberziehen läßt, ohne viel Kommentar. Hat sie doch jeder von uns noch in unmittelbarer Erinnerung und vermag ihren Sinn und ihre Wirkung aus eigenem Erlebnis zu erfassen.

Schon der Waffenstillstand vom 11. November 1918 sah im Artikel 5 und 6 feindliche Besetzung der rheinischen Gebiete vor, und fünfzig kriegsarbeiter Divisionen warf der feindliche Oberbefehlshaber, Marschall Joch, am 1. Dezember 1918 an ins Rheinland. Der Belagerungszustand mit all seinen qualvollen Folgen, wie Zensur, Kontrolle der verschiedensten Art, Wirtschaftszwang, Kriegs- und Militärpolizeigerichte, legte sich bedrückend auf das ganze private und öffentliche Leben. Schon die erste Verlängerung des

Waffenstillstandes am 13. Dezember 1918 brachte Erweiterungen der Gebietsbesetzung in Kehl und Dortebeile für weitere Ausdehnung der Besetzung. Die Zeit des Waffenstillstandes gab ferner einen nur zu deutlichen Aufstich für das bevorstehende große politische Ringen zwischen Deutschland und Frankreich um den Besitz dieser deutschen Kernlande. Die französischen Generale Gérard in der Pfalz und Mangin in Mainz läßt sich berufen, die jahrhundertalte Tradition der französischen Rheinpolitik und der libertären germaniques wieder aufzunehmen und die Koresierung der links-

rheinischen Gebiete vom deutschen Reichs- und Volkstörper zu betreiben. Im Schatzpelz des Befreiers verachteten sie das rheinische Volk zur Sympathie für Frankreich und zur Trennung von Deutschland zu bewegen. Am 1. Juni 1919 inszenierte Gérard mit Hilfe einiger Vorkämpfer die Ausrufung einer autonomen Pfalzrepublik, die mit einem kläglichen Giarso endigte, und General Mangin verachtete in Koblenz mit Hilfe des Dr. Dorten, schmählichen Angebens, einen ähnlichen Putsch mit demselben kläglichen Ergebnis. Die Wachsamkeit des Befehlshabers der amerikanischen Besetzungstruppen führte jedoch zu dem berühmten Briefe Wilsons vom 22. Mai 1919 an Clemenceau, der einen scharfen Protest gegen die Machenschaften der politisierenden französischen Generale darstellte und die französische Regierung zwang, diese zu desavouieren.

Inzwischen hatte auf der Griedenskonferenz in Paris der diplomatische Kampf um den Rhein eingesetzt. Nicht umsonst hatte die französische Regierung durch den geheimen Notenwechsel vom 14. Februar 1917 mit der russischen Regierung ihre Kriegsziele am Rhein im Sinne der Koresierung aller linksrheinischen Gebiete vom Deutschen Reichs feigelegt. Jetzt galt es, die Erste in die Scheunen zu bringen. Die französischen Militärs, allein voran Goch, hatten schon seit November 1918 in langen Denkschriften die Forderungen nach dem linken Rheinufer begründet, und nun tat dasselbe mit neuen Argumenten der Hauptmitarbeiter Clemenceaus, Cardins. Monatlang stand die Frage des linken Rheinufers nun im Mittelpunkt der Verhandlungen. Versuche durch einen am 12. März 1919 vorgelegten Vertragsentwurf Cardins die französische Regierung unter dem Deckmantel von Völkerbundsphrasen die Trennung des Rheinlandes von Deutschland festzulegen, und erfuhr sie dabei eine Ablehnung von seinen Engländern und Amerikanern. So rang sie wenigstens am 20. April Wilson die fünfzehnjährige Besetzung ab. Groß des Oberlandes Lloyd Georges erreichte schließlich Clemenceau die Aufnahme jener Bestimmungen in den Versailler Vertrag, die in den Artikeln 42 bis 44 die Entmilitarisierung des Rheinlandes und der 50-km-Zone rechts des Rheines und in den Artikeln 428

bis 431 die Besetzung auf fünf, zehn und fünfzehn Jahre festlegten. Die Mobilitäten der Besetzung wurden durch das den Versailler Vertrag beifolgende, dreizehn Paragraphen umfassende Rheinlandabkommen geregelt, das mit dem Versailler Vertrag am 28. Juni 1919 unterzeichnet wurde. Besonders scharf hatten die Franzosen um das Saargebiet gekämpft, das in jenem französisch-russischen Notenwechsel vom 14. Februar 1917 ausdrücklich zur Einverleibung in Frankreich vorherbestimmt worden war. Beim Saargebiet erreichte man im Griedensvertrag die Befestigung der deutschen Souveränität und seine Unterstellung unter den Völkerrbund bis 1935.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 begann die vertragsmäßige Regelung der Besetzung. Das Rheinlandabkommen sah als oberste Vertretung der alliierten



Einzel:

Frankzösische Posten bilden hinüber zum Deutschen St

Aufn.: Keystone View Co.

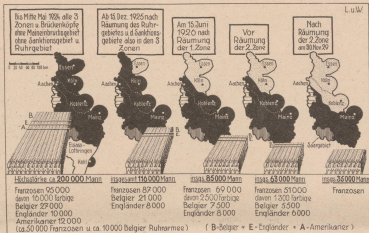


Reihe:

Frankzösische Posten an derselben Stelle

Aufn.: Keystone View Co.

Mächte im Rheinland die „Interalliierte Rheinlandkommission“ vor, mit einem französischen als Vorsitzenden und je einem englischen, belgischen und amerikanischen Mitglied. Vorsitzender wurde der französische Verwaltungsoberbeamte Paul Tirard, Oberbefehlshaber der französischen Besatzungsarmee General Begoutte. Die Rheinlandkommission hatte nach dem Rheinlandabkommen das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft, sogenannte Ordonnanzen zu erlassen, durch die die Sicherheit und die Unterhaltung der Besatzungstruppen



Das Verschwinden der fremden Truppen

sichergestellt werden sollten. Es zeigte sich sehr bald, daß diese Ordonnanzen einer der Hebel werden sollten, mit denen die französische Politik im Rheinland ihre Ziele zu erreichen suchte. War sie doch weit davon entfernt, die Bestimmungen des Friedensvertrages, zu denen sie sich nur höchst widerwillig und nach langen Kämpfen bereitgefunden hatte, nun auch als Rechtszustand ehrlich anzuerkennen. Ganz im Gegenteil hatte sie die fünfjährige Besetzung deutschen Gebietes nur deshalb durchgeführt, weil sie darin einen Erfolg ihrer weitergehenden Forderungen auf Errichtung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland sah und den Stimmte die deutsche Regierung dieser unmöglichen Forderung nicht sofort zu, so hatte sie wieder „Sanktionen“ zu gewähren, und zwar sollte die erste jene Drohung des Artikels 270 des Versailler Vertrages wahrnehmen, d. h. die Beschlagnahme der Zölle an der Westgrenze und die Errichtung einer neuen Zolllinie an der Ostgrenze des besetzten Gebietes enthalten, während die zweite die Besetzung weiteren deutschen Landes, nämlich der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vor sah. Als die Frist für die Annahme der unmöglichen Tributforderung von 226 Milliarden der deutschen Regierung gestelkten Ultimatums am 7. März 1921 abließ, wurden die genannten drei Städte sofort besetzt, und am 8. März gab die Rheinlandkommission ihre Ordonnanz Nr. 77 heraus, durch die sie sich die gesamte deutsche Zollverwaltung im besetzten deutschen Gebiet aneignete. Auf Grund der Ordonnanz 81 vom 8. April 1921 wurde dann an der Ostgrenze des besetzten Gebietes eine neue Zollgrenze geschaffen, durch die der Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches

einige Regimenter in die unmittelbare Rheinlandzone einmarschieren ließ, wurden als Sanktion dafür am 6. April 1920 Frankfurt a. M., Homburg v. d. E., Hanau, Darmstadt und Kilmberg a. d. S. von den Franzosen besetzt. Freilich mußten die Städte an englische Drängungen schon am 17. Mai geräumt werden. In den folgenden Jahren wurde diese Sanktionspolitik in immer stärkerer Maße durchgeführt, und begünstigt wurde sie mit Deutschlands Dergang hinsichtlich der Reparationsleistungen. Sie wurde jenseits so ein

gerichtet, wie man sie für die Zwecke der französischen Sanktionspolitik im Rheinland am wirksamsten erachtete. Schon im Artikel 270 des Versailler Vertrages hatten die Alliierten sich vorbehalten, „für das deutsche von ihren Truppen besetzte Gebiet eine eigene Zollordnung, sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr in Geltung zu setzen“. Hieraus wurden später die schwerwiegendsten „Sanktionsmaßnahmen“ begründet. Da der Versailler Vertrag die Summe der deutschen Reparationen nicht festsetzte, sondern dies der Reparationskommission vorbehalten hatte, fixierte diese 1921 die Reparationssumme, und zwar auf 226 Milliarden Goldmark. Stimmte die deutsche Regierung dieser unmöglichen Forderung nicht sofort zu, so hatte sie wieder „Sanktionen“ zu gewähren, und zwar sollte die erste jene Drohung des Artikels 270 des Versailler Vertrages wahrnehmen, d. h. die Beschlagnahme der Zölle an der Westgrenze und die Errichtung einer neuen Zolllinie an der Ostgrenze des besetzten Gebietes enthalten, während die zweite die Besetzung weiteren deutschen Landes, nämlich der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vor sah. Als die Frist für die Annahme der unmöglichen Tributforderung von 226 Milliarden der deutschen Regierung gestelkten Ultimatums am 7. März 1921 abließ, wurden die genannten drei Städte sofort besetzt, und am 8. März gab die Rheinlandkommission ihre Ordonnanz Nr. 77 heraus, durch die sie sich die gesamte deutsche Zollverwaltung im besetzten deutschen Gebiet aneignete. Auf Grund der Ordonnanz 81 vom 8. April 1921 wurde dann an der Ostgrenze des besetzten Gebietes eine neue Zollgrenze geschaffen, durch die der Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches

zerlegt wurde, wodurch der erste Schritt zur wirtschaftlichen Trennung des Rheinlandes von Deutschland getan werden sollte. Ein besonderes Ein- und Ausfuhramt mit Sitz in Bad Ems sollte eine Einfuhr des aus dem deutschen Wirtschaftskörper losgelassen rheinischen Gebietes regeln.

Ein neue Konferenz der Alliierten hatte vom 1. bis 8. Mai 1921 die deutsche Reparationssumme, diesmal auf 132 Milliarden Goldmark, festgelegt, und der Deutsche Reichstag beugte sich einem neuen Ultimatum am 11. Mai 1921. Damit entfiel der Grund für die beiden vorher ergriffenen „Sanktionen“. Jedoch ward nur ein Teil derselben aufgehoben. Die Zollgrenze wurde beseitigt, die Zollverwaltung wieder zurückgegeben, jedoch die Ein- und Ausfuhrkontrolle beibehalten, und auch die drei Städte wurden nicht geräumt.

Bald sollte die französische Sanktions- und Reparationspolitik ihren Höhepunkt erreichen. Wollte man Deutschland auch wirtschaftlich aus dem Reich der Großmächte freieren, so mußte man sich vor allem des aus besetzte Gebiet direkt anfließenden Ruhrgebietes bemächtigen. Auf dieses warf auch die französische Schwerindustrie, die zu den ungeheuren Exportwerten Frankreichs des Ruhrgebietes bedurfte, betrübliche Blicke. Hatte der Versailler Ver-



Die stürzende Besatzungsarmee vor dem Dom am 31. Januar 1926 (Weihnachtsfest, 1926)

Ende der Sondervorschriften

Freisprüche 172 von den Besatzungsgruppen
verhängte Strafen im Jahre 1927

Geldstrafen im Werte von rund 40 000 RM

Gefängnisstrafen ohne Strafzuschub (durchsch. 45 Mon.)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

Gefängnisstrafen mit Strafzuschub (durchsch. 1 1/2 Monate)

trug der französischen Eisenindustrie die des deutschen Kohlenkriegs hinzugefügt, so war es verlockend, zu dieser führenden Stellung hinsichtlich des Eisens nun auch noch die Herrschaft über die Kohle hinzuzufügen. Welche gewaltige Machtbefähigung hätte Frankreich dadurch erreicht! Die Vereinigung der größten Militärmacht und des größten kombinierten Besitzes an Eisen und Kohle hätte eine französische Hegemoniestellung für Frankreich bedeutet, neben der alles andere in Europa hätte klein erscheinen müssen. So galt es denn, einen Vorwand für die militärische Besetzung des Ruhrgebietes zu finden. Die Reparationsfrage bot ihm nur allzu leicht, da die Erfüllung unmöglich für Forderungen verlangt wurde. Nachdem Poincaré am 15. Januar 1922 Ministerpräsident und sein Freund Barthou im Herbst 1922 Vorsitzender der Reparationskommission geworden war, schienen die Vorbedingungen für eine großzügige Sanktionspolitik gegeben. Weil Deutschland einige tausend Schmettermholz nicht rechtzeitig geliefert hatte, stellte die Reparationskommission am 26. Dezember 1922 eine vorläufige Nichterfüllung des Versailler Vertrages fest. Deutschlands Gefühl um ein Moratorium wegen des immer schnelleren Verschleißes der deutschen Währung beantwortete Poincaré mit dem Plan, durch die Besetzung des Ruhrgebietes sich selbst bezahlt zu machen, und er prägte dazu das Schlagwort von der Ergreifung „produktiver Pfänder“. England lehnte es ab, diesen Weg zu beschreiten. Nachdem die Reparationskommission am 10. Januar 1923 neuerdings die Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen festgestellt hatte, flüchtete Poincaré für die folgenden Tage die Besetzung des Ruhrgebietes an. Seine Note an die deutsche Regierung ist ein bemerkenswertes Dokument politischer Heuchelei. Sie verurteilt nämlich die Fiktion aufrechtzuerhalten, als ob es sich nicht um eine vertragswidrige militärische Besetzung deutschen Gebietes, sondern um eine den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechende friedliche Maßnahme, nämlich um die Entsendung einer aus Ingenieuren bestehenden Kontrollkommission, handelte. In Wirklichkeit verurteilte Poincaré, mit Hilfe einer aus fünf französischen Divisionen und einer belgischen bestehenden Truppenmacht von 60 000 Mann, die Hand an Deutschlands Kohlenfabrik zu legen und damit Deutschland wirtschaftlich völlig in seine Mache zu bekommen. Die Besatzungsgruppen verdrängten sofort den Belagerungszustand und machten sich dadurch die Regierungen und Befehlshaber an.

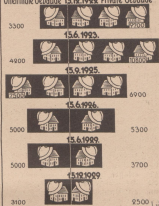
Freilich hatte das, abgesehen davon, daß England seine Beteiligung ausdrücklich abgelehnt hatte, politische Folgen von Bedeutung. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Harding, verfügte bereits am 10. Januar, daß die amerikanischen Besatzungsgruppen das Rheinland verlassen müßten, und am 24. Januar wurde die amerikanische Fregatte auf dem Ehrenbreitstein eingezogen. Der Befehlshaber der amerikanischen Truppen, General Allen, hat bald nachher durch Veröffentlichung seiner Tagesblätter wertvolles Material über die politischen Hintergründe der Besetzung, besonders bei den Franzosen, veröffentlicht und dadurch sicher die moralische Discreditierung dieses Systems wesentlich fördern helfen. Aber Poincaré ließ sich nicht beirren. Sein Plan der Ercreifung „produktiver Pfänder“ wurde nun systematisch durchgeführt. Durch die Beschlagnahme der Kohlenfabrik, die Schaffung einer Kohlenkommission, der sogenannten Allean, die Beschlagnahme der Zölle und Ausfuhrabgaben an der Westgrenze, der bald die Aufstellung einer Zolllinie an der Westgrenze

des besetzten Gebietes, d. h. die wirtschaftliche Trennung dieser Gebiete vom übrigen Deutschland, folgte, durch Beschlagnahme der Einfuhr aus den Staats- und Gemeindeförden und den Weinbaudomänen suchte er sein doppeltes Ziel der Gewinnung von Reparationen und der wirtschaftlichen Knebelung Deutschlands zu erreichen. Freilich, das deutsche Volk, das soviel schon widerstandlos hatte über sich ergehen lassen müssen, stand wie ein Mann gegen solche Gewalttätigkeit auf. Schon am 11. Januar 1923 richteten Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Cuno einen Aufruf an das deutsche Volk, der die Besetzung des Ruhrgebietes als Gewalttat politischer Begehrlichkeit und eine Tat der Verblendung kennzeichnete, und am 12. Januar richtete der deutsche Außenminister eine Protestnote an Frankreich und Belgien, die die Ausbreitung als Vertragsbruch bezeichnete und die weitere Forderung irgendwelcher Reparationen an die Einmischmächte aufhob. Die Lieferung von Kohlen wurde den Besatzern verboten. Die Beamten des gesamten besetzten Gebietes am 19. Januar angewiesen, den Anordnungen der Besatzungsmächte keinerlei Folge zu leisten. Nun begann jener gewaltige Kampf der waffenlosen deutschen Bevölkerung in der Form des passiven Widerstandes. Poincaré griff zu immer stärkeren Mitteln, um den deutschen Widerstand zu brechen. Verurteilung der widerpenigen Besatzung zu hohen Geld- und Freiheitsstrafen, Beschlagnahme der Kohlen- und Koksoefen und der Holz-, Halb- und Fertigzeugnisse der Hüttenwerke folgten bald. Am 31. Januar wurde die Ausfuhr aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet gesperrt und zur besseren Kontrolle und zur Sicherung des englischen Besatzungsgebietes ein nationaler Geschäftsverkehr außerhalb des Kölner Brückentopfes besetzt. Dasselbe geschah am 12. Februar 1923 mit den Häfen von Emmerich und Wesel, am 3. März mit den Häfen von Mannheim und Karlsruhe, am 4. Februar mit den badischen Städten Offenburg und Alzenau, und am 27. Juni mit der Stadt Kilmberg a. d. E. Poincaré wollte damit auf das ganze Verkehrsnetz des deutschen Wehens die Hand legen. Immer weitere Beschlagnahmen folgten. Schließlich schickte man nicht einmal mehr vor Plünderungen von Säulen der Deutschen Reichsbahn zurück. Die Besatzungsmächte nahmen sich nicht fügen, wurde das gesamte deutsche Bahnnetz im besetzten Gebiet beschlagnahmt und einer französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft übertragen. Die Geschäftsmethoden dieser Agie sind ein dunkles Kapitel. Um den Widerstand der Bevölkerung, besonders der Beamten zu brechen, wurden Massenarrestationen verübt und in rücksichtsloser Form durchgeführt. Rund 150 000 Personen wurden von Haus und Hof vertrieben. Durch Einführung des Pass- und Dokumentenzwangs für den Ver- und Befahren und unbesetzten Gebiet sollte ein weiterer Schritt zur Lösung des Gebietes von Deutschland gemacht werden. Selbstverständlich wurde der Separatismus wieder aufgepumpt, und die Separatisten wurden durch besondere Verordnungen geschützt.

Inzwischen war es Herbst geworden. Durch den Ausfall der Einnahmen der deutschen Westgebiete, durch die ungeheuren Mittel, welche die Finanzierung des passiven Widerstandes erforderte, und die sonstigen wirtschaftlichen Schädigungen infolge der Inflationen war die deutsche Währung immer tiefer gesunken, und schließlich blieb nichts anderes übrig, als am 26. September 1923 den passiven Widerstand durch Erklärung der Reichsregierung

Ohne Einquartierung!

von den Besatzungsgruppen beschlagnahmte Gebäude
Öffentliche Gebäude 15.12.1922 Private Gebäude



Die Besatzungskosten

Insgesamt 6,3 Milliarden Goldmark

insgesamt 3763 Millionen GM

insgesamt 1705 Millionen GM

insgesamt 274 Millionen GM

insgesamt 164 Millionen GM

insgesamt 139 Millionen GM

insgesamt 137 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

insgesamt 30 Millionen GM

Als wir befehlt waren, 1918 — 1926 — 1930.

Von Georg Beyer, Köln.

Es war Anfang Dezember 1918. Die deutschen Truppen fluteten zurück nach ihren Heimatgarnisonen. Wir werden sie nie vergessen, diese letzten deutschen Kriegssoldaten auf den Rheinbrücken



Tranzosen mit Panzerautos in Koblenz
(Rheinisches Museum, Köln)

den Mangel an Material und Ersatz. — Nach einem kurzen Dahinmarchierten die Truppen der Besatzungsmächte nach. Nach dem Süden, nach dem Mainzer Brückenkopf und der Pfalz kamen die Franzosen. Der Zentralist der Amerikaner.

Nachdem war Mittelpunkt der Belgier und der Kölner Brückenkopf wurde von den Engländern besetzt. Englands Soldaten erschienen am frühen Morgen des 7. Dezember 1918 wie aus dem Boden gestampft: ergepanzerter Kavallerie mit benedictuswert opulenter Ausföhrung. Aberall erlebte die deutsche Zivilbevölkung einen Nachhall aller Kriegsschrecken. Haß der britische Militärgouverneur ließ zu Anfang um die Wende 1919/20 etwa 70000 englische Soldaten in Garnison. In Privathäusern, in Schulen, in eilig errichteten Massenquartieren wurden sie untergebracht. Täglich gab es neue Ordennungen im Namen der Sicherheit der Besatzungstruppen zur Einschränkung der Rechte der Bevölkerung. War es auch damals in der ersten Besatzungsperiode überall am Rhein das gleiche Bild: in Köln bedrohte man für eine Weile jene Gegenden des Rheins, die von den französischen Tricolore überdeckt wurden. — Indes, nach einiger Zeit änderte sich das. Aus den südlicheren Rheingegenden, von der Mosel, von der Nahe, von der Eifel, aus der Pfalz kamen täglich Kolonnen.

Draconische Strafen, offene Gewaltanwendung gegen die Bewohner bei geringfügigem Unfug, höchste Überspannung militärischer Herrenrechte! Die Kölner begannen einzusehen, daß sie ein besseres Los getroffen hatte, da die Engländer ihr Eigentum bald aufzulockern begannen.

Es gab schon 1920/21 nicht wenig englische Soldaten, die deutsch zu sprechen begannen, ein Deutsch freilich, das mit allen Sonderheiten des Dialekts auf „kölschem Boden“ gewachsen war. Die Wachen zogen mit schmetternder Musik durch die Straßen. Aberall, besonders um den Dom herum, statterten die englischen Militärwimpel. Hier fanden für eine kurze Weile auch ein paar bedrohliche Kleinfantaten und auf dem Rhein drängten sich Kriegsschiffe zusammen. Man konnte sich nicht leicht daran gewöhnen. Aber den-

nach verschwand die Haß- und Mißstimmung im gleichen Maße, wie sich die englischen Besatzungstruppen diszipliniert und fair verhielten.

Es kam heute bekannt werden: diese besondere kölnische Situation hatte ihre größte politische Bedeutung in den kühnsten Zeiten des Ruhrkampfes und des Separatismus. Spätere Geschichtsschreibung wird einmal den größten Nachweis zu führen haben, was die vollkommenste Neutralität der englischen Besatzungsautoritäten damals für das ganze Deutschland und die Erhaltung seiner Einheit staatspolitisch bedeutet hat. Diese „Kölner Insel“ im wildwogenden militärischen Meer, dieses Bollwerk in der größten rheinischen Stadt gegen ringsherum auslobernde Sonderbündlerputsche: hier bewährten sich Weitsicht und Fähigkeit englischer Politik, die allmählich in Gegenseitigkeit zum französischen Poincarismus und seinen Generalen am Rhein geraten war. Immer wieder versuchte die



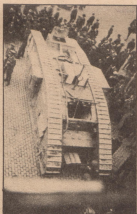
Englische Kriegs-Rahmenboote auf dem Rhein

Atheinlandkommission von Koblenz aus die Engländer zu einer aktiven Förderung der französischen Truppeneinsätze in das Ruhrgebiet zu bestimmen, und immer wieder vergeblich. In aller Ruhe konnten die deutschen Kölner Behörden Vorkehrungen treffen gegen die Haufen der separatistischen Nationalisten, die dreizehrtel Bahnstunde entfernt in Bonn ihre „Rheinische Republik“ proklamierten. — Im Januar 1926 erfolgte gemäß politischer Verständigung die Räumung der ersten Zone. Sie war noch über Waffenstillstand und Friedensvertrag hinaus mehr als fünf Jahre besetzt geblieben. Hunderttausende von Kölnern erlebten am Dom den Abzug der letzten englischen Bataillone.



Tranzosen paradiere auf dem Deutschen St in Koblenz
(Rheinisches Museum, Köln)

Unvergessen jener Schmelz der zusammengeballten Menge, als die letzte englische Flagggeheißt wurde. Mochte man die Befragung zuletzt kaum noch gespürt haben: nur wer es miterlebte, kann den seelischen Umbruch dieses Augenblicks: „Frei von fremder Macht!“ ganz ermessen. In der Mitternacht des 31. Januar 1926 erfolgte die große Befreiungsfeier unter dem Riesenschatten des Domes. Gassen loderten auf, die Gloden erdröhten.



Ein englischer Riesentank in Köln
(Städtisches Historisches Museum, Köln)

Es wurde schon angedeutet: Kölns Besatzungsschicksal war nichts weniger als symptomatisch für die gesamte Situation am Rhein. Aberdies ist man jetzt diese elf Jahre, dann findet man, daß viele, viele Seiten ihrer Geschichte mit Blut und mit Tränen geschrieben wurden. Das Schicksal Tausender hat sich in diesen Jahren zum Dunkel gewandt. Leiden und Demütigungen, Daut politischer Grundrechte unter fremdem Militärgeß, Abschneidung vom übrigen Deutschland

durch Zollgrenzen und Pafßbestimmungen, wirtschaftliche Erschlü-
terung mit schweren sozialen Folgen — dies alles steigt in diesen
Tagen der endgültigen Befreiung hoch noch einmal bitter empor. —
Jede fremde Befragung bringt Druck und Gewalt. Was die
Lage aber im größten Teil des Rheinlandes in der zwei-
ten und dritten Befreiungszone so außerordentlich verschärft,
das war die Verbindung von militärischer Notwendigkeit mit
den politischen Wünschen aktiver Generale. Da war der

General Mangin,
für den das Rhein-
land Aufmarsch- und
Interessengebiet
Frankreichs war.

Um es für den
gallischen „Mutter-
schloß“ möglichst
schnell zu gewinnen,
fördernden bestimmte
militärische Stellen
die separatistische Be-
wegung. Unverseh-
bar sind im Rhein-
land die Namen.

Dorten und Smeets,
die mit ihren Kostentumsplänen imperi-
alistische Geschäfte bestimmter französischer
Kreise abzuwickeln versuchten. Neben den
Generälen arbeitete die Rheinlandkommission
mit ihrer französischen Spitze in der gleichen
Richtung, wenn auch mit viel geschickterer
Diplomatie. Aber selbst! Während Militärs
und hohe Beamte das rheinische Volk
für Frankreich und seine angeblich über-
legene Kultur gewinnen wollten, brachten
sie ihm alle Präzente der gallischen Freiheit
auf der Spitze ihrer Bajonnette! Darin be-
ruhte der falsche Zirkelschluß der französischen
Rheinpolitik; daran ist sie in entscheidender
Weise gescheitert. Für jeden nahen Beobachter
war immer wieder dies ersichtlich: das
mangelnde psychologische Einfühlungsver-
mögen in ein Volk, das, von alters her frei-
heitlich gesinnt, seinen Augenblick diesem
draufischen Militarismus zu glauben ver-
mochte, er diene nichts anderem, als Frank-
reichs „Sicherheit“.

Alles, was unter dem Fahnen der
Militären kämpfte: Spahis, Tunesen Ma-
rokaner, Jüder, Anamiten, Mada-
gasken — alle sind sie in diesen elf
Jahren in den Kämpfen am Rhein sichtbar ge-

worden. Die Dudesäde der Schotten in Köln, die dumpten Trom-
meln der Kolonialsoldaten in Mainz, die schmetternden Klänge der
amerikanischen Militärmärsche in der ersten Befreiungszeit
in der Koblenzer Gegend: Es waren die buntesten Taktzeichen,
die weltweiten Klänge, die das Rheinland je in seiner be-
wagten Geschichte erlebte. Es hat in den Befreiungsjahren alle
Schrecken militärischer Diktatur durchlitten und Leben getragen,
die die vollkommenste Weisheit des Reichs niemals wieder ganz
gutzumachen vermochte.

Offen sich einmal
die Trüchse und fann
die Wahrheit geklärt
werden mit dem er-
forderlichen An-
standsgefühl, das
eine objektive For-
schung jenseits des
Dörfchens ermög-
licht, dann wird die
Welt aus den Rhein-
landerlebnissen eine
Lehre zu ziehen
haben, nämlich die:
daß der Militarismus

in jeglichem Gewande Gewaltgeißel er-
zieht und Unfrieden in die Herzen zwingt.

Nun aber: Befreiungsfeier! Die letzten
Tricoloreten senken sich, die fremden Soldaten
ziehen der Heimat zu. Frankreich hat unter
dem Zwang der politischen und wirtschaft-
lichen Abmachungen sein Versprechen abgeben.
Jene veräuferte Verhandlungspolitik, die
über Locarno, Choisy und Genf dieses Ergeb-
nis brachte, fann in ihren politischen und
sozialen Wirkungen gewiß nur dort ganz
begriffen werden, wo mehr als ein Jahrzehnt
hindurch fremde Kommandos über Straßen
und Plätze drohten. Zudem ist mit dem
gleichen Augenblick ein großes politisches
Ziel erreicht: Frankreich vor aller Welt
offenkundiger Verzicht auf eine atlantische
Rheinlandpolitik.

Es wird eine erste und gesammelte
freude am Rhein in den Tagen nach dem
30. Juni sein. Von Aachen und Köln bis
Mainz und Ludwigshafen gibt es nur noch ein
Bekenntnis, nur noch eine Flagge: Deutsche
Republik. Sie birgt den Wunsch zum Frieden
und zur Versöhnung in ihren Falten. Sie
lehnt Hüben und drüben die Geißel ab, die
den Abgang der letzten Befreiungstruppen
schill mit der Anpfählung neuen Dörf-
zweiges begleiten wollen.



Von Verbrechen der Separatisten
gerichtet an dem rheinischen Volkstum

Die französische Sicherheit nach der Räumung.

Immer und immer wieder macht Frankreich zur Ver-
teidigung seiner Militär- und Rüstungspolitik gegenüber
Deutschland geltend, seine Sicherheit am Rhein sei gefährdet.
Sie war es nicht, solange französische Truppen im Rheinland
standen, und sie ist es ebensovien, nachdem diese jetzt aus
dem Rheinland verschwunden sind. Nicht nur, daß an sich
bereits Locarno und die Entmilitarisierung des Rheinlandes
jede Gefährdung der französischen Sicherheit am Rhein von
vornherein ausschließen, auch die militärische Kraftentfaltung
Frankreichs an seiner Olgrenze zeigt, wie unbegründet die
diesbezüglichen Befürchtungen Frankreichs sind.

Frankreich hat nach der Räumung des Rheinlandes den
größten Teil der bisherigen Befreiungsarmee nicht etwa auf-
gelöst, sondern zur Verpflegung der französischen Grenztruppen
in diese eingegliedert. Seine Truppenstärke an seiner Olgrenze
beträgt somit heute nicht weniger als acht Infanterie-
Divisionen, zwei Kavallerie-Divisionen und eine Luftdivision,
von denen drei Infanterie-Divisionen sowie eine Kavallerie-
und ein Fliegerregiment allein früher der Rheinlandarmee an-
gehört haben. Diese gewaltige französische Truppenmacht, die
im Frieden bereits über einen erhöhten Etat verfügt und im
Falle drohender Kriegsgefahr durch Einziehung der drei letzten
Jahresklassen der Rekrute ohne besonderen Beschluß des fran-

zösischen Parlaments innerhalb weniger Tage auf das Doppelte
ihres heutigen Bestandes gebracht werden kann, verteilt sich
auf einen Raum, der vom oberen Rhein bis an die Maarne
reicht und damit kaum so groß ist als Baden und Württem-
berg zusammen. Sie ist mehr als ein Drittel des gesamten
französischen Friedensheeres und um ein erhebliches stärker
auch als die Truppenmacht, die man Deutschland zur Verteidi-
gung des gesamten Reichsgebiets gelassen hat. Deutschland hat
für gegenüber, und von ihr durch eine breite entmilitarisierte
Zone beiderseits des Rheins getrennt, lediglich schwache Teile
von drei Reichswehrdivisionen liegen, die weder über schwere
Artillerie, Flieger und Tanks verfügen noch sonst rein
zahlenmäßig nicht im geringsten an die Stärke der französischen
Divisionen heranreichen. Dazu aber kommt, daß fast ein
Drittel dieser Reichswehrteile durch Belgien gebunden wird, das
mit Frankreich auf das engste verbunden ist, und ebenfalls im Frieden
bereits die Masse seines Heeres an der deutschen Grenze stehen hat.

Dieses Bild der heutigen militärischen Lage am Rhein
wird noch vervollständigt durch die französischen Kräfteaufstellungen
an der französischen Olgrenze sowie durch die dortigen fran-
zösischen Befestigungs- und Eisenbahnbauten. Frankreich ver-
fügt in Elßaß-Lothringen und den an dieses unmittelbar an-
grenzenden Gebieten allein über nicht weniger als je 14 Jagd-

und Beobachtungsgeschwader sowie über 20 Tagbomben- und sechs Nachtbombengeschwader. Alle diese Geschwader verteilen sich auf eine Anzahl von Flugstützpunkten, von denen fünf, wie aus der Skizze ersichtlich, allein in unmittelbarer Nähe der deutschen Westgrenze liegen. Sie sind in sechs Fliegerregimenten zusammengefaßt, die zusammen mit je einem Bataillon Luftschifftruppen in

Epinal und Metz ihrerseits wiederum die 1. französische Luftdivision bilden. Hinter dieser Division liegt in der Gegend von Paris, für Flugzeuge also ebenfalls nicht weit von den französischen Ostgrenzen, eine weitere Luftdivision mit nochmals im ganzen drei Jagd-, acht Aufklärungs- und sechs Nachtbombengeschwadern. Die Jagd- und Aufklärungs geschwader bestehen aus je zwölf, die Tagbomben- und Nachtbombengeschwader aus je zehn Flugzeugen. Alle diese Flugzeuge sind hochwertiges, modernes Material. Die Jagd- und Aufklärungsflugzeuge haben eine Stundengeschwindigkeit bis zu 250 Kilometer und eine Steighöhe von 8500 bzw. 7000 Meter, die Tagbomben- und Nachtbombenflugzeuge eine Stundengeschwindigkeit bis zu 200 Kilometer und eine Steighöhe von 6500 bzw. 4000 Meter. Die ersten sind mit drei bis vier Maschinen-gepnehten, die letzteren außerdem noch mit 400 bzw. 800 bis 1000 Kilogramm Bomben ausgerüstet. Ihr Wirkungsbereich reicht weit über das entmilitarisierte Gebiet hinaus bis in die Gegend von Hamburg, Magdeburg und München, ohne daß hierzu eine Verlegung der in Frage kommenden französischen Luftstreitkräfte notwendig ist.

Aber die französischen Befestigungsarbeiten in Elsaß-Lothringen ist im „Heimaldienst“ bereits vor einigen Monaten ausführlich berichtet worden, so daß sich ein nochmaliges Eingehen auf sie erübrigt. Es genügt, nur wiederum auf sie hinzuweisen. Mehr dagegen ist über das Programm für den Ausbau des französischen Eisenbahnnetzes zu sagen, das die französische Regierung vor kurzem dem französischen Landes-

wirtschaftsrat vorgelegt hat. Dieses Programm sieht den Bau neuer Eisenbahnlinien in einer Länge von 3791 Kilometer mit einer Gesamtausgabe von 9450 Millionen Franken vor. Diese Eisenbahnlinien liegen mit ihrer Masse an den deutschen Grenzen. Sie dienen fast ausschließlich rein strategischen Zwecken. Von ihnen ist ein Teil bereits in der Ausführung begriffen. Außerdem sind mit ihnen auch umfangreiche Tunnelbauten, Brückenbauten sowie zur Verbesserung der Ein- und Aus-ladungsverhältnisse in den Grenzgebieten auch Rampenbauten verbunden. Nach der Durchführung dieses Programms wird Frankreich allein an Eisenbahnen an der deutschen Grenze, die durch Belgien führenden Strecken nicht eingerechnet, über neun durchgehende zweigleisige Aufmarschbahnen aus dem Innern Frankreichs sowie längs der deutschen Grenze auf engstem Raum über eine große Zahl Längsbahnen mit Stichbahnen nach dem oberen Rhein, der Pfalz und dem Saargebiet und damit an seiner Ostgrenze alles in allem über ein strategisches Eisenbahnnetz verfügen, das ihm die Möglichkeit gibt, innerhalb kürzester Zeit nicht nur seine gesamte Armee an der elsass-lothringischen und belgischen Ostgrenze zu versammeln, sondern auch je nach der Entwicklung der militärischen Lage umzugruppieren. Deutsch-

land aber hat man nicht nur jede Ausgestaltung seines Eisenbahnnetzes in der entmilitarisierten Zone unterbunden, es mußte sogar noch bereits bestehende Strecken und Anlagen zerstören, obgleich alle diese Bahnen und Anlagen, selbst wenn sie früher einmal unter Berücksichtigung militärischer Erfordernisse gebaut sein sollten, angesichts der heutigen Verhältnisse im entmilitarisierten Rheingebiet jedenfalls keinerlei militärischen mehr, sondern lediglich nur noch wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Zwecken hätten dienen können. — Alles dies zeigt, wie wenig Recht die Franzosen haben, von einer Gefährdung ihrer Sicherheit durch Deutschland auch nach der Räumung zu sprechen.

Die französische Sicherheit nach der Räumung



Im „Kohlenpott“.

Text und Bilder von Artur Fenners.



Aufn.: Artur Fenners
Bergmann am Sonntag

gigantische Formen angenommen hat, wie ein beispielloses Umformungspro-zeß Eisen und Feuerchlände auflösen läßt. Man hat immer nur darauf hingewiesen: Kohle und Arbeit — Arbeit und Kohle. So ist das Gebiet abgefeimelt worden als eine Gold-gräbergegend, in der alles auf das Ertrassen der Bodenschätze abgestimmt ist, in der sich Fabrikschlot an Fabrikschlot reiht, in der die Natur stirbt, um der Technik Platz zu machen.

Dies Bild ist verzeichnet; der Mensch und das Leben kommen zu kurz dabei. Es sind viele Farben vergessen worden; man hat

Ruhegebiet. Wer denkt da nicht gleich an Arbeit und Kohle, Auf und Rauch, Feden, Eisen-hütten, Hochöfen und Förder-türme? Die Ruhe ist „entdeckt“ worden, und zwar mit einem El-tempo, das nur die äußeren Ein-drücke einer gewaltigen Industrie-hoffen ließ. Das „Charakteristische“ ist aufnotiert und auf einen Generalnehmer gebracht worden, der etwa lautet: Kohle, Eisen, Arbeit. Man hat gezeigt, wie die

nicht bemerkt, daß das Ruhrtal von hervorragender landschaftlicher Schönheit ist, daß das Gebiet riesige Wäldungen aufweist, man hat das kulturelle Eigenleben des Ge-biets nicht gesehen, weder die mo-derne Baukultur, noch das Theater-leben, noch das Kunstschaffen, das aus der Masse der Werktätigen herauswachsend, im Erleben des gewaltigen Arbeitsprojektes fun-dament und Stoff zur Gestaltung findet. Das sind einige der Tat-



Bofenfabrik

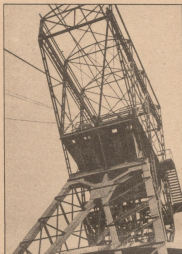
Aufn.: Artur Fenners



Aufn.: Artur Fenners
Ein alter Ruhrstempel

sachen, deren Verdenkenheit mit dem Volk und dem Cha-rakter des Ruhrgebietes selten ange-deutet, geschweige denn in Gemein-schaft mit den augenfälligen Ein-drücken zu einem Gesamtbild geformt werden. Man sollte diese Zusammenhänge bei der Betrachtung des äußeren Bildes nicht vergessen.

Die Anlagen der Ruhrindustrie sind auf Monumentalität gestellt. Die Erschei-nungsform der Technik wächst ins Riesenhafte und verleitet zum Überschwang. Die Gigantik der hählernen Skelette, die feuerlohen Kolosse haben nämlich ein zwiefaches Gesicht, ein nüchtern-fach-liches, das mit Tonnen, Kilowatt, PS



Aufn.: Artur Fenners

Das Wahrzeichen des Ruhrgebietes: Der Fördersturm

nicht organisch aus einem Eigenleben herausgewachsen, sondern haben sich nach einem Fremdkörper, nach einer eingeschalteten Zelle, die mehr und mehr das Eigenleben an sich gezogen und aufgefressen hat, gerichtet. Der Schwerpunkt des kommunalen Lebens hat sich dadurch häufig hart verschoben. Diese Siedlungsformationen hat man ursprünglich nach reinen Zweckmäßigkeitsprinzipien unbewußt und ungeachtet der kommenden Stadt- und Verkehrsgehaltung gebaut; nur so ist das Totumabotz von Straßen, Engpässen, Baufällen und Verkehrsproblemen, das heute überall zur Debatte steht, zu erklären. Nur so ist es möglich, daß sich der Verkehr nach ganzen Provinzen und Landesteilen durch Dorf- und Kolonieträgen, die gerade für den Fußgängerverkehr ausreichen, zwingen muß. Seit zwei oder drei Jahrzehnten ist sich die Großstadt ihrer selbst bewußt geworden; seit dieser Zeit datiert die planmäßige Aufschlüsselung und Gefaltung der Stadtbilder. Auch diese Entwicklung geht in amerikanischem Tempo vor sich, und so sehen wir heute in Westfalen mehr als in anderen Landesteilen eine enge, zähe, ähnliche Landstraße auf einmal in eine 80 m breite Avenue übergeben, sehen einen Dorfkern neben einem Mannsbau, ein Kleinstadthäuschen neben einem Hochhaus von tausend Zimmern.

und Leistung rechnet, und ein romantisches, aus jedem Kohlenwagen eine Wanderswelt unerlehter Sensationen macht.

Das bauliche Bild des Gebietes ist so vielfältig und vielgestaltig, daß man es nicht auf eine Formel bringen kann. Die Großstädte sind in einem Jahrhundert, einem halben oder einem Jahrzehnt aus dem Boden gestampft worden. Die Industrie hat sich in die dörfliche oder kleinstädtische Struktur der Orte nicht einpassen können, sondern wahllos in den ursprünglichen Organismus Menschenkolonien eingeschaltet.

So sind die einst kleinen Städte gehen tief in den Bauch der Erde, bis zu 800 m und darüber. Der Fördersturm besorgt schnelle

das Wahrzeichen des Bergbaus. Weit spärter er (eine Mine über den Bodenplan und krallt sich in Betonsockeln fest. Hoch oben, 30–40 m über der Erde, umwoben von einem filigranen Netz von Eisenschienen laufen die Seilscheiben gegeneinander, saugend läuft das eine Seil in die Tiefe, während das andere gleichzeitig einen Förderkorb hochzieht. Von den Speichern der Seilscheiben (die gar keine Scheiben sind) geht ein eigenartiges Glimmern aus, wenn sie mit voller Geschwindigkeit laufen und für Bruchteile einer Sekunde ein Stückchen Himmel freigeben. Die Stahltrassen vibrieren, ein Glockenzeichen ertönt, die Maschinenriehe, die Körbe sind auf der Sohle angekommen. Die Menschen- und Wagentransporte



Aufn.: Artur Fenners
Im Hochofenerwerk: Das flüssige Eisen fließt in die Stahlschmelze



Aufn.: Artur Fenners

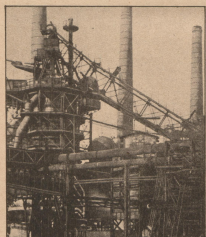
Im Kleiderbasar baumeln Hunderte von Ausgaben in der Luft

einen „Zug“ gehängt und an der Kufe, sie sehen phantastisch wie Schemen aus; man

Die Eisenwerkspalten Anlagen über Tage zeigt die Eisenhütte. Das ist das fährliche Gewirr eines Hochofens, ein haus hoher Behälter, von Gitterwerk, Röhren und Galerien umrankt, angeordnet an eine Anzahl selbstsam geformter Stahlbehälter. Die Hochofen sind zu einer Batterie (man reißt 5 bis 10 Stück) formiert; eine derartige Hochofenbatterie, die einen Raum von etwa einem halben Quadratkilometer bedeckt, wird von einer Anzahl Winderhizern flankiert. Das sind lange weitbändige Stahlzylinder, die mit einer Plattform und einer darüberliegenden Kuppel abschließen. Es sind



Aufn.: Artur Fenners
Hochhaus in der Altstadt als Repräsentant neuen Baustils



Teil einer Hochofenbatterie

Aufn.: Artur Fenners

ein klares, harmonisches Bildfeld, das sie bieten, ohne Verästelungen und Verzweigungen; die Schönheit der Zweifromm kommt in diesen haushohen, haubengekrönten Riesenröhren prägnant zum Ausdruck.

Der Hochofen liegt im allgemeinen ruhig da; man sieht ihm nicht an, daß in seinem Innern Hunderte von Zentnern Erz und Haisheße brodeln, daß er eine Temperatur von über 3000 Grad hat; er steht recht friedlich aus, und nur eine kleine Wolfe giftiger Abgase, die beim Nachschließen aufsteigt, läßt seinen wahren Charakter vermuten. Seine angeborene Gewalt wird erst beim Abfließen deutlich. Dann schließt aus dem Ofen ein ziffernder Strahl flüssigen Eisens hervor, er erwärmt in einem Umkreis von 20 bis 30 m die Luft derart, daß es kaum auszuhalten ist. Nach eindrucksvoller ist es, wenn das flüssige Eisen in Stahlpflanzen gefüllt wird. Dann ergießt sich in den auf Schienen laufenden Behälter aus 10 m Höhe der feurige Strahl, prasselt in die Pflanze und erzeugt beim Ausfließen einen knirschenden Funkenregen, wie eine riesige Wunderterze.

Betrachten wir zum Schluß den Arbeiter des Gebläts, den Rührkumpel. Er kommt aus allen Teilen Deutschlands, aus allen Ländern Europas. Das Gros stellen zwar Rheinländer und West-

falen, doch sind Ostpreußen und Hessen, Süddeutsche aller Schattierungen, ferner Polen, Italiener, Holländer und Kroaten zahlreich vertreten. Der Kumpel ist der Unproppant aller industriellen Lebens; tagen, tagaus liegt er seine Schicht vor der Kühle. Stehend, kniend, liegend daht, sprenzt und schaufelt er, kämpft er mit Feuchtheit und Hitze, Gas und Kohlenstaub, mit Gelschlägen u. a. m. Er ist dauernd bedroht. Auf seinem Gesicht prägt sich ein eigentümlicher, unbeschreibbarer Zug von Gedrückt und Resignation aus; er ist entweder still und wortfroh oder laut und polternd. Er neigt zur Grübelei und zur Philosophie. Er ist vielfach in sich gefehrt, denn die Abgeschlossenheit von allem Lebendigen unter der Erde zwingt zur Verinnerlichung. Häufig entspringt aus diesem Sittlichkeitsgefühl ein Drang zu künstlerischer Betätigung; ist dieser Formungswille nur von geringer oder minderer Fruchtbarkeit, er äußert sich auf dem Gebiete der Arbeit und trägt sich stets eine eigenartige persönliche Färbung. Der Kumpel ist auch äußerlich gezeichnet durch die Kohlennarben, durch blaue Stempel, die der Kohlenhaub selbst bei der kleinsten Schramme durch Eindringen in die Wunde und Verwachsung unter der Haut hervorruft. Die Kohle stempelt ab: Du gehst mir! Du kommst nicht mehr los! Und sie behält in den meisten Fällen recht.

Parker Gilberts letzter Bericht.

Der Abschlußbericht des Reparationsagenten.

Der Reparationsagent S. Parker Gilbert hat sich mit einem vom 21. Mai 1930 datierten und Mitte Juni der Öffentlichkeit übergebenen Bericht verabschiedet. Der Bericht, dessen Hauptpunkte am 15. Juni durch W. C. B. verbreitet worden sind, stellt zweifellos ein ungewöhnliches Dokument dar. Schon die äußere Form — die englische Ausgabe umfaßt 367 Druckseiten — weicht von den früheren Berichten ab. Die Übersichtlichkeits hat hierdurch indessen nicht gewonnen. Der Verfasser war offenbar befrüht, der Weltöffentlichkeit und namentlich seiner Nachfolgerin, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, eine zusammenfassende Darstellung über alles Wesentliche, was sich unter seiner Ägide in den vergangenen Jahren mit Bezug auf die Durchführung des Dawesplanes und die Überleitung zum Youngplan abgespielt hat, zu geben. Er hat zu diesem Zwecke alte Darstellungen wiederholt und auf den neuesten Stand gebracht, hierbei jedoch vielfach auf die früheren Bericht Bezug genommen, so daß nur der Sachkunde in die Lage versetzt ist, ohne größeren Zeitaufwand einen einheitlichen erschöpfenden Eindruck von dem Bericht zu gewinnen. Wenn der Bericht trotzdem nicht völlig in den gewöhnlichen Fehler selber Amtspräsentationen verfällt und das Interesse des Lesers zu wecken vermag, so liegt dies in der mehr oder weniger offenen Tendenz, mit der Parker Gilbert die deutschen Verhältnisse schildert. Und hierin liegt auch die Hauptbedeutung des Berichtsinhalts.

Für die ersten Teile des Berichts, die Verwaltung der deutschen Zahlungen und die Tätigkeit des Transferkomitees, gilt dies freilich mehr in negativem Sinne. Hier wird uns in tendenziöser, einseitiger Weise ein Bild von den Milliardenzahlungen Deutschlands und ihrer Überführung ins Ausland entrollt, ohne mehr als statisches Interesse wahrzunehmen, wie dies schon für die laufenden Monatsberichte des Agenten galt. Gerade dieser Umstand, daß sich der Ablauf der deutschen Riefenzahlungen sojagun gedanklos vollzieht, ist aber an sich außerordentlich bemerkenswert, wenn man, woran der Agent erinnert, die deutschen Verhältnisse der Zeit vor dem Dawesplan berücksichtigt, wo die Lieferung von wenigen Kohlen- oder Holz mengen die Welt schon in Aufregung setzte. Allerdings enthält die Darstellung wenig oder nichts über die inneren Vorgänge bei der Übertragung der Reparationszahlungen. Wir hören nichts darüber, ob das Transferkomitee z. B. sich Gedanken darüber gemacht hätte, daß ein Sachlieferungsvertrag hätte zurückgewiesen werden müssen, weil er dem Grundsatz widersprach, daß solche Verträge nicht in die normale Handelsausfuhr Deutschlands eingreifen dürfen — ein Grundsatz, der an sich selbstverständlich, aber selbst in die neue Reparationsregelung nur in höchst unvollkommener Weise hinübergerettet worden ist —, wir erfahren auch nichts davon, ob nicht das Komitee in Zeiten besonderer Anspannung der Devisenkurse, also namentlich zur Zeit der französi-

schen Manipulationen zum Nachteil der deutschen Währung im Mai vorigen Jahres erfolgreiche Gegenmaßnahmen durch gütliches Aussehen der Transfers ergreifen konnte. Statt dessen enthält der Bericht die einseitige, aber bedeutsame Feststellung, daß während der ganzen Dauer des Dawesplans die Reparationszahlungen und Transfers auf ununterbrochener Grundlage erfolgten, so daß keine Anspannung von Reichsmark bei der Reichsbank stattfand, ein Satz, der die Befriedigung der Hoffnungen aller derer enthält, die das Reparationsproblem dadurch zu lösen glaubten, daß die vorausgesehenen Transfer Schwierigkeiten zur Auffüllung des „fünftausend-Lepens“ und alsdann zur automatischen Derringerung der Zahlungen führen sollten. Diese Auffassung galt zeitweise auch außerhalb Deutschlands. An die Möglichkeit, die vorgezeichneten gewaltigen Reparationszahlungen fortgesetzt mittels des sog. unechten Transfers, d. h. auf Grund einer durch Auslandsanleihen geborgt aktiven Zahlungsbilanz zu transferieren, hatte eben niemand gedacht. Das Transferkomitee scheint sich, wie aus der wiederholt unterzeichneten Feststellung des Agenten, daß es befreit war, „soweit wie möglich zu transferieren, ohne daß die Stabilität der Währung beeinträchtigt wurde“, hervorgeht, um diesen mit dem Grundgedanken des Dawesplans nicht zu vereinbarenden Prozeß wenig Strupel gemacht zu haben. Der erwähnte, dem Dawesplan entlehnte Satz, vom Reparationsagenten nur zu wörtlich und einseitig befolgt, war nicht nur Fehlgrundsatz für die von ihm befohlene Transferpolitik, er liefert in weiterem Sinne auch den Schlüssel für seine Einstellung zur jetzt erfolgten Reparationsregelung, die, was die Initiative und die Höhe der deutschen Belastung betrifft, mehr auf sein als auf irgendeines andern Konto zurückzuführen ist, und die eben von dem Gedanken beherrscht war, die bisherige Praxis, die sich für unsere Gläubiger aus mehrfachen Gründen so vorteilhaft erwiesen und die Aufgabe des Agenten so unendlich einfach gehalten hat, weiter fortzusetzen. Man erkennt zum mindesten jetzt, daß es dem Agenten von Anfang an darauf ankam, das Äußerste, was sein Auftrag und die Umstände ermöglichten, auszunutzen, um das Höchste aus Deutschland herauszuholen; eine Einstellung, die man ihm nicht verdenken kann, da er eben Vertreter der größten Gläubiger nation ist, deren Ziel nach wie vor auf restlose Eintreibung der Kriegsschulden geht; diejenigen in Deutschland, die aus sentimentalischen Gründen in ihm einen Freund oder Helfer Deutschlands sehen wollten, finden sich allerdings grausam enttäuscht.

Diese innere Einstellung zum Reparationsproblem gibt auch die Erklärung für die äußere Behandlung ab, die ihm der Agent in seinem Bericht zuteil werden ließ. Während er also über die immanenten Vorgänge des Transferproblems so gut wie nichts ausführt, ist die Behandlung des Ausbringungsproblems, d. h. der Frage des

deutschen Haushalts, um so gründlicher. Der letzte Bericht beschäftigt sich allein auf 100 Druckseiten mit der Haushaltsfrage. Vieles ist die Frage erörtert worden, was denn der Haushalt den Agenten überhaupt angehe, da nach dem Damesplan die Verantwortung Deutschlands mit der Ausbringung der Reichsmarkzählungen endete, die des Transferkomitees sich nur auf die Übertragung erstreckte. Dem hielt der Agent in seinen Berichten, so auch diesmal, entgegen, daß die beiden Hauptziele des Damesplanes die Herstellung des Gleichgewichts des Haushalts und der Währung waren. Er selbst betraute sich als Hauptorgan zur Durchführung dieses Plans, nicht nur als Vorsitzenden des Transferkomitees, und der Plan selbst, der sogar eine Politik seiner Organe im Wege „latentes Drudes“ empfahl, stempelte ihn zum Generalagenten für die Reparationszahlungen. Der Agent hat sich dieser Handhaben geschickt bedient. Er hat auch das Mittel des öffentlichen Drudes benutz, indem er in seinen Berichten und in dem bekannten Memorandum von 1927 die öffentliche Ausgabe- und Anleihewirtschaft geistelte. Hier ist ihm der Erfolg freilich verlagst geblieben. Wenn trotz der drohenden Entwicklung der Haushaltsgebarung, die sein jetziger Bericht in so scharfer Form kritisiert, kein weiterer Vorstoß erfolgte, so ist dies eben aus dem Wunsche zu erklären, die Entwicklung der von ihm selbst in Gang gesetzten Reparationsregelung nicht zu fördern. Wenn man die gekäffigen Auslassungen Poincarés der letzten Zeit über die deutsche Finanzgebarung und die Aufforderung, sie international zu übernehmen, liest, so erhält man einen Begriff davon, welche Wirkungen ein Bericht, wie der letzte des Reparationsagenten, in der schon so stark mit Explosionsstoffen geladenen Atmosphäre der Reparationsverhandlungen ausgelöst haben würde.

Der Agent erinnert jetzt nicht nur an das erwähnte, feinerzeit von mancher Seite als Aberricht in innerdeutsche Verhältnisse betrachtete Memorandum, sondern er führt auch wieder die gleiche Sprache. Das Haushaltsjahr 1929/30 entlehnt die „Kulmination der Tendenzen auf übermäßige Ausgabe- und Anleihegebarung“; „die Mittel und die Gelegenheit, das Problem grundsätzlich zu meistern und die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen, sind gegeben“; „die Verantwortung liegt nach dem neuen Plan ausschließlich bei der deutschen Regierung“; „der Grundsatz, daß die Reichsregierung innerhalb der verfügbaren Einnahmen wirtschaften müsse, ist nicht anerkannt worden, die Regierung hat Jahr für Jahr die so oft versprochenen Reformen verzögert; gesetzgeberische Maßnahmen sind häufig ohne gebührende Prüfung oder gar die Kenntnis ihrer finanziellen Auswirkungen durchgeführt worden; der Haushalt ist immer noch in Dunkel gehüllt“. Mit andern Worten, die Anlässe von Verbesserungen, die der Agent in den Berichten seit jenem Memorandum feststellte, sind wieder verschwunden, die Finanzwirtschaft Deutschlands — denn auch Länder und Gemeinden treffen ähnliche Vorwürfe — wird wieder in Grund und Boden verdamm.

Will man die eigentlichen Beweggründe der eingehenden Abhandlungen und Kritiken über die deutsche Haushalts- und Anleihegebarung erforschen, so muß man sich mit der Problematik des Reparationsproblems, wie es sich dem Agenten darstellte und zuletzt entwickelt hat, beschäftigen. Der Agent sah bei der eingangs geschilderten Entwicklung des Transferproblems keine Schwierigkeiten für die Übertragung der deutschen Zahlungen; Gefahren lagen vielmehr — und dies haben die Tatsachen nur zu deutlich bewiesen — in dem Aufbringungsproblem. Diesem wandte er daher erhöhte Aufmerksamkeit zu; seine Auslassungen, mochten sie nun einseitig oder tendenziös sein, fanden Beachtung in der Weltöffentlichkeit. Worauf es ihm ankommen mußte, war, den Beweis zu führen, daß die Einnahmenseite des deutschen Haushalts ergiebig genug für die Mindestbedürfnisse Deutschlands (im Sinne des Damesplans) und die Reparationszahlungen, daß die Ausgaben dagegen übertrieben hoch waren. Diesen Beweis hat er nach Auffassung des Auslandes erbracht; Zeugnis dafür legen die Beratungen der Sachverständigen in Paris ab. In Deutschland hielt man ihm die Entwicklung der Ausgaben Seite als zwangsläufig entgegen, nicht nur was die äußeren, sondern auch was die inneren Kassen betraf. Der Agent erkannte bald, daß die Beschäftigung mit

einem einzelnen Ausgabe-posten eine höchst heisse Angelegenheit sei, unterließ es aber trotzdem nicht, einige, wie die Überweisungen an Länder und Gemeinden und die Gehaltserhöhung des Jahres 1927, zu kritisieren. Aus seinen Kritiken zog er indessen, da die Zeit fortschritt und er auf schnelle Regelung des Reparationsproblems drängte, keine praktischen Konsequenzen; insoweit kann man — auch vom Gläubigerstandpunkt aus gesehen — vielleicht von einer Unfruchtbarkeit dieser seiner Tätigkeit sprechen. Die Konsequenzen, die sich indessen aus der jetzigen Zusammenfassung ergibt, ist folgende: Der Agent erklärt mit andern Worten, daß die bisherige Finanzwirtschaft verlagst hat, daß aber genug „Material“ vorhanden ist, um den Haushalt „selbstverständlich einseitig für die Reparationszahlungen“ auszugleichen, und daß es nur einer entsprechenden Entschlossenheit, die notwendigen Reformen durchzuführen, bedürfe. Das Aufbringungsproblem soll also damit ein für allemal als erledigt gelten. Trete Deutschland auf Grund des Youngplans an seine Gläubiger zwecks Ermäßigung der ihm auferlegten Kassen heran, so soll diese Seite des Reparationsproblems als res judicata ausgeschaltet werden. In dieser Konsequenz liegen beträchtliche Gefahren, denen, wenn überhaupt, nur dadurch begegnet werden kann, daß wir einsehen, daß die Welt nicht eher auf deutsche Vorstellungen über Überlassung Deutschlands hören wird, ehe wir nicht den selbstverständlichen Forderungen gesunder Finanz- und Anleihegebarung Genüge geleistet und diese Forderungen durch jahrelange Praxis zum Gemeingut der öffentlichen Wirtschaft gemacht haben.

Wie der Agent so die Bürde der Ausbringung ausschließlich dem deutschen Volke überläßt, so scheint er ihm auch die Verantwortung für das Gelingen der Übertragung mehr oder weniger allein überlassen zu wollen. Seine Ausführungen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels spiegeln größte Befriedigung wider, während doch einerseits die Unzulänglichkeit des Ausfuhrüberschusses, verglichen mit den Reparationsanforderungen, und andererseits zu berücksichtigen wäre, zu welchen Preisen und unter welchen Bedingungen die deutsche Industrie selbst die erzielten und, verglichen zu ihrem früheren Anteil am Welthandelsvolumen, bescheidenen Ergebnisse erreicht hat. Als eine der Ursachen für die Erschöpfung der deutschen Ausfuhr verzeichnet der Agent die allmähliche Beseitigung der Nachkriegsdiskriminationen gegen den deutschen Handel; ebenso führt er den innerdeutschen Wiederaufbau auf die Unterstellung durch das Ausland (gemeint ist die Kreditpolitik) zurück. Während also noch die Youngexperten am Schluß ihres Berichts die Lösung des Reparationsproblems von der Zusammenarbeit aller Beteiligten und der Beseitigung der einseitigen Diskriminierungen gegen Deutschland abhängig machen, findet sich im Gilbertschen Bericht, der zur Zeit der Infratsetzung der neuen Prohibitivzölle Amerikas erscheint, an Stelle eines dahingehenden Appells an die Gläubigeremächte deren Lob. Deutschlands neue Zölle werden dagegen hinsichtlich zu erwartender Gegenmaßnahmen der Ausfuhrländer mit einem Fragezeichen versehen.

So lassen die angeführten Beispiele erkennen, daß Parker Gilbert den einseitigen Gläubigerstandpunkt optima forma vertrat; die politischen Zusammenhänge im weiteren und auch im engeren innerdeutschen Sinne traten bei seinem Vorgehen mehr in den Hintergrund. Infolge der Einseitigkeit seiner Betrachtungsweise und der Beharrlichkeit, mit der er sein Ziel verfolgte, war er seinen deutschen, durch innere Rücksichten gekemmten Partnern meist überlegen. Seine Anständigkeit hat uns, alles in allem, sicher keinen Vorteil gebracht, wenn nicht den, daß uns die Augen über eigene Fehler und Unterlassungen auf deutsche geöffnet wurden. Eine Finanzkontrolle unter ihm, wie sie uns beim Scheitern der Reparationsverhandlungen etwa hätte blühen können, hätte die wahren Eigenschaften des typischen Gläubigererreters in einer für uns denkbar unangenehmen Weise in Erscheinung treten lassen. Begrüßen wir also die Beseitigung Deutschlands von der äußeren Kontrolle, aber seien wir der Erfahrungen der letzten Jahre stets eingedenk, und sorgen wir durch straffe Ordnung im Innern dafür, daß uns eine zielbewußte Führung der Geschäfte nach außen für alle Zeiten ermöglicht wird.

Tributlast — deutsches Wirtschaftsschicksal.

II. Die Abtragung der Tribute — ein Abfahrproblem.

Von Reg.-Rat Horwiz.

Die deutsche Volkswirtschaft, in ihrem Verhältnis zum Ausland betrachtet, befindet sich in der Lage eines Gefährdeten, nicht; eines Fabrikanten, der mit vielfachen Verpflichtungen belastet ist. Auch die Volkswirtschaft, dieses riesige, zugleich wertverzeugende und -verbrauchende Wirtschaftsgebilde, muß Rohstoffe einfahren, sie verarbeiten und das fertige Produkt absetzen. So wie der Fabrikant seine Verpflichtungen gegenüber Lieferanten und Gläubigern erfüllen muß, hat auch die Volkswirtschaft ihre Verpflichtungen gegenüber dem Ausland. Will der Geschäftsmann sich einen Überblick über seine Verbindlichkeiten, seine Aktiva und Passiva verschaffen, so stellt er eine Bilanz auf. Bei der Volkswirtschaft liegt der Fall schwieriger. Bei ihr läßt sich schwer eine schließliche Bilanz ziehen. Zwar ist im Wirtschaftsverkehr mit dem Auslande die Aufstellung einer sogenannten Bilanz möglich. Wir verstehen darunter die Zahlungsbilanz. Einnahmen und Ausgaben Deutschlands im Verkehr mit dem Ausland stellt sie gegenüber. Aber sie ist nicht so sehr eine Bilanz im kaufmännischen Sinne, eher ein Kontoforrent.

Was besagt nun die Zahlungsbilanz über unsere Wirtschaftss- und reparationspolitische Lage?

Zwei riesige Posten schleppen sich auf der Passivseite unserer Wirtschaftsbilanz von Jahr zu Jahr fort: Reparationen von durchschnittlich zwei Milliarden jährlich, Zinsen- und Tilgungsdienst für Auslandsschulden, gegenwärtig in Höhe einer weiteren Milliarde. Diese Beträge können wir nur aus Überschüssen der Volkswirtschaft zahlen — aus Überschüssen, die im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland entstehen. Deutschland hat aber während des letzten Jahres, während der Dauer des Damespangs, keine echten Überschüsse erzielt. Unsere Zahlungsbilanz mit dem Ausland wies demzufolge in diesem Jahresfrist ein gemaltes Defizit auf. Zur aus dem Ausland einfließenden Kreditformel wir es denken. Der Hauptposten unserer Zahlungsbilanz der Monate April bis September, die Einfuhr ausländischer Waren überstieg den Export deutscher Exportnische erheblich. Ingesamt betrug die Passivität der Zahlungsbilanz in diesem Jahresfrist mit Einschluß der Reparationszahlungen rund 14 Milliarden. Den „Ausgleich“ bot in diesen kritischen Jahren die Aufnahme von Auslandsschulden. Unsere Zahlungsbilanz zeigte also einen geborgenen Ausgleich. Der normale, volkswirtschaftlich gesunde Zustand wäre gewesen, wenn die Tribute aus Überschüssen der Einnahmen über die Ausgaben hätten geleistet werden können. In diesen Jahren war das nicht der Fall.

Um hier Wandel zu schaffen, bedarf es bei der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands, bei der engen Verknüpfung unserer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft, einer wesentlichen Steigerung der Ausfuhr. Wir müssen Ausfuhrüberschüsse erzielen. Das Reparations- und Schuldenproblem hat nun zwei Seiten: Die innere Aufbringung der Kassen durch die Arbeit des ganzen erwerbstätigen Volkes, dann aber die Umwandlung der aufgebracht Beträge in fremde Währung. Denn nur in diesen beiden Fällen die Überwindung der Mißverhältnisse aus Auslandserfolg. Harte wirtschaftliche und politische Tatsachen also zwingen uns zur Steigerung des Exports. Denn er ist der Haupthebel, der uns bringt.

Ganz abgesehen von der reparationspolitischen Sonderlage Deutschlands — was bedeutet überhaupt die Ausfuhr für die deutsche Volkswirtschaft? Erst die Erkenntnis der allgemeinen Bedeutung des Exports führt zum Verständnis der Gesamtprobleme, wie sie als Folge des verlorenen Krieges Deutschland gestellt sind. Nicht freier Wille, der Zwang wirtschaftlicher Verhältnisse treibt Deutschland dazu, seine Exporte auf dem Weltmarkt anzubieten, zwingt uns, Aufsch in allen Erdteilen und Ländern zu suchen. Das Problem läßt sich dahin vereinfachen: Deutschland muß exportieren, weil es importieren muß. Wichtigste Rohstoffe, wie Erz, Wolle, Baumwolle, Kaustsch usw., heißen wir nicht aber nur in unzureichender Menge. Wir müssen sie also aus dem Ausland beziehen. Auch bestimmte Arten von Lebensmitteln müssen wir heute noch einführen. Diese Einfuhr muß im wesentlichen mit dem Export von Fertigzeugnissen bezahlt werden. Wir exportieren also Waren verschiedenster Art, Maschinen, Eisenwaren, elektrische Artikel, Textil- und chemische Produkte u. a. Unser Export nahm in den letzten Jahren in erfreulichem Umfang zu. Und dennoch konnte mit den Erträgen der Ausfuhr in der Regel nicht einmal die notwendige Einfuhr beglichen werden, ganz zu schweigen von den Milliardensummen für Reparationszwecke. Die

Abschüsse aus der Volkswirtschaft also fehlten uns in den vergangenen Jahren, und sie fehlen uns voraussichtlich auch künftig, denn es nicht gelingt, den Ausgabenabgleich zu gestalten. Im vergangenen Jahr ist es uns zwar gelungen, Einfuhr und Ausfuhr abzugleichen, also die Warenhandelsbilanz aktiv zu gestalten. Aber damit haben wir noch lange nicht die Milliardenbeträge herausbekommen können, die erforderlich wären, um Reparationen und Auslandszinsen aus eigener Kraft zu zahlen. Die entscheidende Frage lautet nun: Was kann geschehen, um — über die Aktivität der Handelsbilanz, also des Verhältnisses von Wareneinfuhr zur Warenausfuhr, hinaus — zu einer Aktivität der Zahlungsbilanz zu gelangen, zu einem Ausgleich des gesamten Wirtschaftsverkehrs mit dem Ausland?

Das ist nicht so sehr eine Produktions- als eine Abfahrfrage. Auf den ersten Blick scheint der Weg offensichtlich, mehr Waren zu erzeugen, also die Produktion zu steigern. Damit allein aber ist es nicht getan. Wollen wir die Zahlungsbilanz aus eigener Kraft ausgleichen, so müssen wir den Produktionsertrag zwar steigern, aber es müssen gleichzeitig Märkte erschlossen werden, auf denen die Produktion Absatz findet. Diese Voraussetzungen — Produktions- und Absatzvermehrung — bedingen sich wechselseitig. Dabei ist allerdings die Abfahrfrage die entscheidende. Denn ohne Lösung des Abfahrproblems ist die Steigerung der Produktion unmöglich.

Wie sind nun die Ausichten der Exportsteigerung, die Möglichkeiten erhöhter Unterbringung deutscher Exportnische auf dem Weltmarkt? Hängt die Förderung des Auslandsabfahes lediglich von uns, von der Güte und Billigkeit unserer Ware ab? Oder sind uns nicht vielmehr gewisse Grenzen gezogen in der natürlichen Aufnahmefähigkeit und im Aufnahmewillen des Auslandes? Die Schwierigkeiten einer Ausfuhrsteigerung sind beträchtlich. Sie beruhen auf den grundlegenden Wandlungen der Weltwirtschaft seit Kriegsende. Der Konkurrenzkampf ist zu seiner Zeit schärfer gewesen als in unseren Tagen. Die deutsche Ware muß Qualitätswert besitzen und trotzdem preiswert sein, sonst kann sie den Kampf auf dem Weltmarkt nicht bestehen. Mit den stärksten Waffen wird dieser Kampf ausgetragen, um den intensiveren nationalen Absatz freieren die überindustrialisierten Länder der Alten und Neuen Welt. Deutschland hat in diesem Kampfe keineswegs schlecht abgeschnitten, wenn man lediglich die Ertröden der Ausfuhr im letzten Jahresfrist berücksichtigt. Ununterbrochen ist in diesem Zeitraum der Export gestiegen, in fünf Jahren um mehr als 40%, an sich ein erfreuliches Ergebnis. Bestehen nun Ausichten, die deutsche Ausfuhr darüber hinaus soweit zu steigern, daß aus daraus die Gewinne zur Abdeckung unserer drückenden Auslandsschulden zuwachsen, d. h. also: der Reparationen und Auslandsschulden? Diese Frage einseitig in positivem oder negativem Sinne zu beantworten, liegt jenseits der Grenzen menschlicher Voraussicht. Es läßt sich die zukünftige Entwicklung des Exports aus Vergangenheits- und Gegenwartserfahrungen nicht exakt berechnen oder auch nur abschätzen. Versuchen wir aber trotzdem, einmal eine kleine Rechnung aufzumachen. Wie hoch müßte etwa die deutsche Ausfuhr steigen, um aus ihren Überschüssen alle unsere Auslandsschulden abdecken zu können?

Selbst den günstigsten Fall angenommen, daß das Gleichgewicht der Handelsbilanz wie im relativ günstigen Jahre 1929 erhalten bliebe, d. h. also Ein- und Ausfuhr sich die Waage hielten, so wären wir noch lange nicht über den Berg. Denn nun wird die Frage akut: Wie schaffen wir die Summen, die notwendig sind, um die gemaligen Passivposten der Zahlungsbilanz in Aktivposten zu verwandeln? Dazu gehören in erster Linie die Reparationszahlungen, dazu gehört außerdem der Zinsendienst für die Auslandsschulden. Mehr als drei Milliarden jährlich stehen auf der Passivseite unserer Wirtschaftsbilanz, sind also durch vermehrten Export zu decken. Um diese drei Milliarden müßte mindestens die Ausfuhr über die Einfuhr gesteigert werden. Damit ist allerdings die Rechnung noch nicht abgeschlossen. Eine Steigerung der Ausfuhr hat in jedem Fall eine Zunahme der Rohstoffeinfuhr im Gefolge; denn das rohstoffarme Deutschland kann nur dann größere Gütermengen produzieren und exportieren, wenn es zuvor entsprechend vermehrte Mengen von Rohstoffen ins Land genommen hat. Und Fertigwaren sind nichts anderes als durch Arbeit veredelte Rohstoffe. In der deutschen Ausfuhr steckt also wertmäßig ein erheblicher Anteil ausländischer Rohstoffe. Dieser Anteil kann auf etwa ein Drittel des Ausfuhrwertes geschätzt werden. Eine Steigerung der Ausfuhr um etwa drei Milliarden

müßte also eine Steigerung der Rohstoffeinfuhr um eine Milliarde nach sich ziehen, und auch diese Milliarde müßte wiederum durch vermehrten Export eingebracht werden. Ich möchte es zusammenfassen: Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge müßte unsere Ausfuhr um mindestens vier bis fünf Milliarden jährlich gesteigert werden, wollten wir aus ihren Überschüssen alle unsere Auslandsverpflichtungen abdecken. Das ist ein Wachstumskoeffizient, dessen Wahrscheinlichkeit bei den gegenwärtigen Abfahrtschiffen in der Welt ernstlich in Frage gestellt ist. Halten wir uns vor Augen: Die Hauptgebiete der deutschen Ausfuhr liegen in wirtschaftlich hochentwickelten Ländern mit hartem Bedarf an Industrierzeugnissen, in Holland, England, Amerika. Ein großer Teil dieser Länder aber fräut sich im Interesse ihrer eigenen Produktion gegen den Import fremder Erzeugnisse. Trotzdem wird eine weitere Steigerung des deutschen Exports selbst nach diesen Abfahrtschiffen im Bereich der Möglichkeit liegen. Auf der anderen Seite aber kann kein Zweifel darüber bestehen: eine so gewaltige Ausfuhrsteigerung, wie sie die erforderliche jährliche Mehrausfuhr von rund fünf Milliarden bedeutet, muß auf größte Schwierigkeiten stoßen. In absehbarer Zeit ist eine solche Exportsteigerung kaum vorstellbar. Die überindustrialisierung der Welt, die ungeheure Zunahme der Produktion und das wirtschaftliche Expansionsstreben der Industriestaaten lassen eine solche Exportsteigerung im Augenblick utopisch erscheinen.

Dazu tritt ein anderes. Hohe Zollmauern hemmen den internationalen Warenhandel. Die Balkanisierung, die politische Zersplitterung Europas durch die Friedensverträge hat zur Errichtung neuer Zollschranken geführt. Eigene Industrien sind in zahlreichen europäischen und überseeischen Staaten entstanden, die früher Abnehmer europäischer und insbesondere deutscher Erzeugnisse waren. Bedarfsgewinnung (sonst als möglich aus eigener Produktion) das ist das Ideal, dem man in vielen und gerade für den deutschen Export wichtigen europäischen Ländern zutrifft. Und der Absatz nach Übersee? Zwar wird auch unser Export nach den überseeischen Ländern in gewissem Umfang steigerungsfähig sein — mit einer baldigen Zunahme in dem erforderlichen gewaltigen Umfang ist jedoch nicht zu rechnen. Dazu sind weltwirtschaftlich noch unerforschte, an sich aufnahmefähige und konsumfähige Ländergebiete, z. B. in Asien, in China und Indien, statistisch und wirtschaftlich noch nicht fortgeschritten genug. Sie können vorläufig keinen hinreichenden Ersatz für den Ausfall europäischer und anderer Absatzgebiete bieten. Mit den fünf Zukunftsaussagen. Wenn einmal der Absatzmarkt in Shanghai europäisch in seiner Lebensführung, über seine tägliche Konsumtion hinaus hinaus weltliche Ansprüche stellt, wenn der Polyester an Stelle seiner Sandalen Gebrauchsschuhe, wenn einmal der Bantuneger anstatt des Kendschurzes aus Palmblättern einen europäischen Kammgarnanstrich trägt — dann, ja dann wird das Absatzproblem — vielleicht — auch für Deutschland gelöst sein. Die Dinge aber heute liegen, kann man sagen: die Konsumfähigkeit der Völker hat seit Kriegsende mit der Produktionsfähigkeit der fast industrialisierten Welt nicht Schritt gehalten. Mit einer fundamentalen Änderung des Verhältnisses von Erzeugungsmöglichkeit und Verbrauch ist, in absehbarer Zeit wenigstens, nicht zu rechnen. Sie ist, im besten Falle, ein Wechsel auf eine ferne Zukunft.

Was bleibt unter diesen Umständen zu tun? Da der wirtschaftlichen Expansion nach außen Grenzen gezogen sind, müssen wir uns darauf besinnen, ob nicht auf anderem Wege dafür Ersatz gefunden werden kann. Erkennen wir die Erzielung von Überschüssen aus dem Außenhandel als notwendig, so bliebe es die Dinge einseitig betrachten, wollte man alles Heil von der Ausfuhrsteigerung erwarten. Man wird zwangsläufig dahin kommen, auch die andere Seite des Außenhandels, die Einfuhr, zu betrachten. Kann nicht auch hier der Bedarf angesprochen werden? Derzeit sieht nicht eins mit dem anderen: Ausgleichsbedarf mit Einfuhrminderung? Namentlich für ein Land, dessen ganze Wirtschaftsführung entscheidend bestimmt wird von der Tatsache der Reparations- und Schuldenbelastung? Für ein Land, das zudem ein Millionenheer von Arbeitslosen durchzufüttern hat? Hier stoßen wir auf eine vielerörterte Streitfrage: Wie kann man die wohl allgemein als notwendig erkannte Einfuhrminderung erzielen, ohne volkswirtschaftliche und soziale Schäden anzurichten? Sprechen wir von der Einfuhrminderung, so schließen wir ausdrücklich die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten aus. Sie sind unentbehrlich, für unsere Wirtschaft so notwendig wie das tägliche Brot. Die Befriedigung der Einfuhr wird immer nur für solche Waren und Lebensmittel in Frage kommen, die im Lande selbst in genügender Menge und in der erforderlichen Güte erzeugt werden können. In den Milliardenoffen der Einfuhr für Lebensmittel und Getränke (sowie für Fertiggut) finden aber Beträge für Genusmittel entbehrlicher Art, für Luxusgegenstände, gewaltige Summen für Einfuhren, die mit der Zeit aus heimischer

Produktion ersetzt werden können, für Molkeerzeugnisse, für Obst und Gemüse, Eier usw. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Import von Lebensmitteln in gewissem Umfang notwendig ist, so lange nämlich, als die deutsche Landwirtschaft das von ihr angestrebte Ziel noch nicht erreicht hat, die Ernährung aus eigener Scholle sicherzustellen. Aber die Hunderte von Millionen Reichsmark, die für diese Zwecke alljährlich ins Ausland gehen — im Jahre 1929 führten wir für insgesamt 3,8 Milliarden RM. Lebensmittel ein — lassen in unerträglichem Maß unsere Wirtschaftsbilanz. Sie verhindern ihre Stillierung, sie zwingen uns zu unheimlicher Verschönerung aus Ausland, sie fragen zur Verunsicherung des Arbeitsmarktes bei und lassen die Zahl der Erwerbslosen auf Millionenhöhe hinaufschwellen.

Es gibt eigentlich niemand in Deutschland, der sich über die Schäden übergroßer Einfuhr für ein reparations- und schuldenbelastetes Land hinwegtäuscht. Meinungsverschiedenheiten bestehen aber darüber, durch welche Mittel man eine Einfuhrminderung herbeiführen kann. Einfuhrverbote, dieses rigoroseste, aber auch primitivste Mittel der Handelspolitik, scheitert aus erklärtercher Erörterung aus Lebensmitteln in absehbarer Zeit nach Menge und Güte fortgesetzt zu steigern, daß die heimische Ware mit der hochwertigen ausländischen konkurrenzfähig wird. Dieser Prozeß der Modernisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und seiner Absatzmethoden ist im Gang.

Kann der Verbraucher sich aus diesen Prozeß fördern? Kann er sein eigenes Leben und das Leben der Nation betragen? Nicht Opfer und Entbehrungen, sondern von ihm verlangt — nur freiwillige, verständnisvolle Mitarbeit. Es ist ein Ruf nach der Selbstdisziplin und volkswirtschaftlichen Einsicht, die inländische Produktion bei ihren Bemühungen um Umstellung und Verbesserung zu unterstützen und dadurch das Millionenheer der Arbeitslosen herabzudrücken zu helfen. Was also kann der Verbraucher tun? Es wird genügen, wenn er, eingeengt dieser volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, im Zweifelsfalle bei seinen Einkäufen deutscher Ware gegenüber ausländischer den Dargz gibt, vorausgesetzt, daß beide in Güte und Preis einander entsprechen. Das kann hier wirklich das beitragen, die Einfuhr auf manchen wichtigen Gebieten durch Eigenproduktion zu ersetzen und damit zwei großen nationalwirtschaftlichen Zwecken zu dienen: unsere Wirtschaftsbilanz zu aktivieren, den Arbeitsmarkt zu entspannen. Denn jede im volkswirtschaftlichen Sinne nicht notwendige Einfuhr nimmt deutschen Arbeitskrafts Arbeitsgelegenheit und Brot. Darum ist die Frage der Exportsteigerung und der Einfuhrminderung nicht nur entscheidend für die Lösung der Reparationsfrage. Sie ist auch aus engster Verbundenheit mit der drängendsten unserer Wirtschaftssünde, mit der Erwerbslosigkeit.

Darum, eben wegen dieser engen Verflochtenheit aller wirtschaftlichen Vorgänge, mündet auch das Reparations- und Schuldenproblem letzten Endes in die Frage aus: Wie schaffen wir dem Produkt deutscher Arbeit vermehrten Absatz — drücken und drücken? Bedeutet schon in Zeiten normaler Verhältnisse und für Länder in wirtschaftlicher Gleichgewichtslage der Absatz das lebendige und treibende Moment — denn von einem Umfang her, den der Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparats ab — um wieviel mehr für das reparations- und schuldenbelastete Deutschland, das zu allem noch die Last einer beispiellosen Arbeitslosigkeit trägt. Die Absatzfrage wird, auf lange Sicht gesehen, zur Schlüsselfrage des deutschen Volkes. Keine Anstrengung wird groß genug sein, den Export auf das überhaupt erreichbare Höchstmaß zu steigern, allen Schwierigkeiten zum Trotz. Aber ebenso gewiß wird sich keine beliebige Steigerung des Exports bis zu dem Ziel der Abwägung der Schuldenlast und der Wiedererlangung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß durchziehen lassen. Der Exportförderung wird sich Importminderung als notwendige Ergänzung anschließen müssen. Auf beiden Seiten muß die Bedenken abgewogen werden. Auf beiden Seiten werden gezielte Abmachungen erforderlich werden müssen. Wille, Kräfte, auch die freiwillige Mitarbeit der Verbraucher, sind darauf zu konzentrieren. Nur so wird Deutschland in den Stand gesetzt werden, seine Produktivkräfte voll zu entfalten, die Kosten des verlorenen Krieges abzutragen und mit der wirtschaftlichen Freiheit auch die politische wiederzugewinnen.

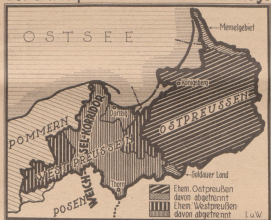
Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen im Jahre 1920.

Von Richard Götz, Marienwerder.

Das Wort Treitschkes „Dies Land bleibt deutsch!“, das in den Stein des schlichten Abstimmungsbenkmalns am Fuße der Marienburg eingetieft ist und jetzt für das heutige Ostpreußen gilt, hatte, als Treitschke es prägte, Geltung für den

einen freien sicheren Zugang zum Meere zugesagt erhielt, errichtet werden sollte, bekannt wurde, rechneten Einseitige damit, daß eine unerträgliche Korrektur der deutschen Ostgrenze erfolgen würde. Doch selbst die Ahnungen der schlimm-

Ost-u. Westpreußen vor u. nach dem Kriege



gefahten deutschen Osten. Wir alle, die wir in der Zeit deutscher Größe und Macht herangewachsen sind, glaubten fest an den unveränderlichen Bestand der deutschen Grenzen. Zwar stand deutsches und polnisches Volkstum in einzelnen Grenzgebieten des deutschen Ostens in einer gewissen Kampfstellung zueinander, und das Schwanken der preußisch-deutschen Regierung zwischen Versöhnungs- und Germanisierungspolitik trug nicht dazu bei, den von den Polen über die Ostmark verhängten nationalen Kriegszustand zu beseitigen; aber der deutsche Charakter unserer Ostgrenzgebiete war so eindeutig, die geschichtlichen und wirtschaftlichen Bindungen an das Deutsche Reich so stark, daß wir vor 1914 eine wirkliche Gefahr für die deutsche Ostmark nicht sahen.

Erst als am 5. November 1916 die Proklamation des Polenreiches durch den deutschen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg vollzogen wurde, begannen wir Ostmärker mit bangen Ahnungen in die Zukunft zu sehen. Nur diejenigen, die von Polens langem zielbewußten Streben, seiner Mentalität und dem stillen, aber heißen Ringen zwischen Polentum und Deutschtum nichts wußten, konnten glauben, daß Polen nach der Aufrichtung seines Reiches der Freund Deutschlands werden würde. In demselben Maße, in welchem in den letzten Kriegsjahren sich die Zermürbung Deutschlands vollzog, wuchsen die ungeheuerlichen Ansprüche Polens auf deutsche Gebietsteile, bis der polnische Regentsskizstratz in Warschau im Oktober 1918 „die Verneinung aller polnischen Landesteile“ fordert und Korsanty im Reichstag Danzig als polnische Stadt in Anspruch nimmt.

Als die Forderung der Entente, nach welcher ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Gebiete umfaßt, die von einer ungeteilte polnischen Bevölkerung bewohnt sind und

Ost- und Westpreußens Abstimmungsgebiete



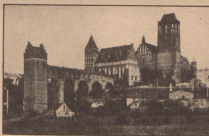
fen Pessimisten und die kühnsten Hoffnungen Polens wurden durch die Bestimmungen des Versailles Diktats übertroffen. Fast die ganze Provinz Posen, das Kernstück von Westpreußen und das Soldauer Gebiet fielen an Polen, und die Bevölkerung von Ermland-Masuren und den westpreußischen Kreisen Marienwerder, Marienburg, Rosenberg und Stuhm sollte erst durch Volksabstimmung darüber eine Erklärung abgeben, ob sie bei Deutschland verbleiben oder zu Polen kommen wollte.

Wir Ost- und Westpreußen aus den Abstimmungsgebieten haben es damals als eine Schande empfunden, daß an dem deutschen Charakter unserer Heimat überhaupt gezweifelt werden konnte. Nach den damaligen Statistiken konnte man im

westpreußischen Abstimmungsgebiet höchstens mit einer polnischen Minderheit von 15 v. H. rechnen, und im Allensteiner Abstimmungsgebiet lagen die Verhältnisse für die Polen noch ungünstiger. Natürlich waren diese Tatsachen den Polen nicht unbekannt; sie glauben aber, ihre Position durch die unwahre Behauptung, die Masuren, welche im südlichen Ermland wohnen, seien Polen, zu stärken. Die Beweise, die Polen für den polnischen Charakter der Abstimmungsgebiete vorgebracht hat, müssen so fadenförmig gewesen sein, daß trotz jener von

Haß und Siegerwahn erfüllten Stimmung, in welcher uns der Friede diktiert wurde, die Entente nicht eine einfache Abtretung, sondern eben die Volksabstimmung anordnete.

Am 10. Januar 1920 wurde der Friedensvertrag ratifiziert, und nach seinen Bestimmungen mußten wir damit rechnen, daß zwei bis drei Wochen später die fremden Kom-



Dom und Ordensschloß in Marienwerder

missionen und Truppen eintrafen. Anfang Februar mußte das deutsche Militär die Abstimmungsgebiete verlassen, und Mitte Februar rückten fremde Truppen ein. Zur selben Zeit übernahmen die „Interalliierten Kommissionen“, die aus je vier Vertretern der alliierten Hauptmächte bestanden, die Verwaltung der Abstimmungsgebiete. Wir waren aus dem Verbands des Deutschen Reiches ausgeschieden und den Beauftragten der feindbundmächte und ihren Truppen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. — Trotzdem haben wir damals den festen Glauben nicht verloren, daß die Abstimmung eine so überwältigende deutsche Mehrheit ergeben würde, daß sich auch kein Schein des Rechts für eine endgültige Abtretung unserer Heimat an Polen finden könnte. — Sehr geschickt wurde von polnischer Seite versucht, die Mitglieder und Beamten der „Interalliierten Kommissionen“ davon zu überzeugen, daß die Abstimmungsgebiete polnischen Charakter hätten. Die fremden Truppen wurden bei ihrer Ankunft durch polnische Ehrenjungfrauen mit Blumen empfangen, polnische Deputationen brachten wohl täglich Wünsche und Beschwerden vor, die fremden Militärs wurden zu polnischen Festlichkeiten geladen, und zu polnischen „Massenfundgebungen“ wurden die Polen von weit und breit herbeigeholt. Diese „Massenfundgebungen“ der Polen fielen allerdings gegenüber ähnlichen Veranstaltungen der deutschen Bevölkerung immer recht wenig einbrunsel aus. Polnische Zeitungen und Flugblätter wurden in Massen verteilt



Gießenburg. Markt mit Kriegerdenkmal



Abstimmungsdenkmal in Marienburg

und polnische Vereine gebildet, die, weil jeder Pole sechs bis sieben polnischen Vereinen angehört, recht ansehnliche Mitgliederzahlen vorweisen konnten. Trotzdem sahen die Mitglieder der fremden Kommissionen sehr bald ein, daß sie die polnischen Dolabelbücher umsonst mitgebracht hatten, da in den Abstimmungsgebieten fast ausschließlich deutsch gesprochen wurde und auch die Polen der deutschen Sprache durchaus mächtig waren. — Die deutsche Bevölkerung der Abstimmungsgebiete war sich ihrer großen zahlenmäßigen Überlegenheit und ihres einheitlichen Willens voll bewußt. Es kam darum für die deutschen Abstimmungsorganisationen nur darauf an, im Verein mit der deutschen Presse der polnischen Lügenpropaganda entgegenzutreten, die technische Durchführung der Abstimmung vorzubereiten und die treuen Landsleute aus dem Reich, die uns im Abstimmungskampf zur Seite standen, zu erfassen und geistlich unterzubringen. Der deutsche Erfolg der Abstimmung ist nicht die Tat einzelner Führer oder Organisationen gewesen; er wurde erreicht durch die einmütige Geslossenheit aller deutschen Bewohner der Abstimmungsgebiete. So erhielten die Polen im Allensteiner Gebiet 2,5 v. H. und in Westpreußen auch nur 7,58 v. H. der abgegebenen Stimmen. Um so bitterer empfanden wir das Unrecht, das uns dadurch zugefügt wurde, daß entgegen dem klar zum Ausdruck gebrachten Willen der Bevölkerung doch wertvolle Teile, besonders des westpreußischen Abstimmungsgebietes, an Polen abgetreten werden mußten.



Die Marienburg



Abstimmungsdenkmal in Allenstein (Teilansicht von Innen)



Mitzelken

1920—1930. Was nach der Volksabstimmung geschah.

Von Mag Worgitzki.

Am 11. Juli 1920 stimmten in dem Abstimmungsgebiet Allenstein 92,8 v. H. in dem Abstimmungsgebiet Marienwerder 92,4 v. H. der Bevölkerung für Deutschland. Eine klarere Entscheidung ist nicht gut denkbar. Und man hätte wohl mit Recht annehmen dürfen, daß damit der Streit um Masuren und Ermland, wie um die vier Reichsteile Westpreußens östlich der Weichsel endgültig ausgetragen wäre. Wir in den Abstimmungsgebieten haben das niemals geglaubt. Denn wir kennen unsere Gegner. Wir wußten, daß uns die Volksabstimmung ja keineswegs aus Betreiben unserer kleinen polnischen Minderheit aufgegangen war — sie besteht aus zwei polnischen Volksstämmen im südlichen Ermland und dem westpreußischen Kreise Stuhm und stellt kaum 1 v. H. der Bevölkerung Ostpreußens —, sondern daß da ganz andere Kräfte am Werk gewesen waren. Sie lassen sich in einem Begriff zusammenfassen und mit einem Wort als „großpolnischen Im-

perialismus“ charakterisieren. Ein Imperialismus allerdings mit durchaus eigener Note. Er ist nicht, wie der Imperialismus anderer Völker, vorwiegend getragen vom politischen Machtwillen und wirtschaftlichen Ausdehnungsdrang der Gegenwart, sondern ist vielmehr sehr stark in der Vergangenheit verwurzelt. Und das ist wohl erklärlich. Denn nicht umsonst und nicht zuletzt hat das polnische Volk sich seinen Nationalstolz und seinen Freiheitswillen durch 150 Jahre der Knechtschaft dadurch zu erhalten vermocht, daß seine großen Dichter ihm immer wieder glänzende Bilder malten von der Macht und Herrlichkeit des alten polnischen Reiches. Gewiß mit viel dichterischer Fantasie und Übertreibung, aber darum auch mit desto härterer Wirkung. Der Traum von dem „Großpolen von Meer zu Meer“ ist in der polnischen Volksseele heute so lebendig wie je. Sie blickt verlangend nach der Ukraine, deren Besitz ihr den Weg zum Schwarzen Meer öffnen

würde; sie verwirft den Weichselforridor als völlig unzureichenden Zugang zum „polnischen“ Meer und fühlt sich ganz ernstlich durch den Friedensvertrag um die „uralte polnische Stadt“ Danzig und das „polnische Kronland“ Ostpreußen betrogen. Also ein stark romantischer Imperialismus. Aber da er die politische Zielsetzung sehr starker Gruppen und Organisationen bestimmt, im übrigen aber zum mindesten der Sympathien breiterer Volksmassen sicher ist, bedeutet er einen politischen Faktor, den wir sehr ernsthaft in Rechnung zu stellen haben. Wer die Politik Polens in den ersten zehn Jahren seines Bestehens überblickt, wird seine Spur deutlich wahrnehmen. 1919 besetzt die Hallerarmee Ostgalizien, obwohl ihm die Autonomie zugesichert war. 1920 macht Pilsudski seinen allerdings verunglückten Vorstoß nach Kiew, und im Herbst des gleichen Jahres raubt Geligowski mitten im Frieden den Litauern ihre Hauptstadt Wilna und ein Drittel ihres Staatsgebietes. Aber auch wer die Arbeit der großen polnischen Organisationen verfolgt, des „Wehrmannenvereins“, des „Großpolnischen Lagers“ Roman Dmowski und des „Verbandes zur Errichtung Masurens“, der von dem hochangesehenen sozialistischen Senator Limanowski und dem Präsidenten des polnisch-evangelischen Konsistoriums Glas gegründet wurde; oder wer die polnische Presse und die wiederholten und immer eindeutiger werdenden Äußerungen



Deutscher Tag in Marienburg 1920

von uns nachgewiesen worden. In Propagandamitteln stehen ihm zwei Zeitungen mit verschiedenen Beilagen zur Verfügung, die „Gazeta Olsztynska“ für das Ermland und Westpreußen und der „Mazur“ für Masuren. Die Zahl der Abonnenten ist natürlich gering, einige wenige Hundert. Unentgeltlich aber werden die Zeitungen in mehreren tausend Stüd ausgegeben. Ebenso zwei Kalender, ein katholisch-polnischer und ein evangelisch-polnischer, dieser für die Masuren. Die polnischen Volksbüchereien werden mit Büchern von Polen her beliefert. Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Propaganda arbeiten mehrere landwirtschaftliche Genossenschaften „Rolnit“, zwei Volksbanken, und die „Bank Mazurski“, die jedoch lediglich eine Treuhänderbank ist zur Verwaltung der polnischen Grundstücke und Gebäude, sowie der aus Polen eingehenden Betriebsmittel für die Propaganda. Eine dritte polnische Bank für Masuren, die „Mazurski Bank Kutowy“ in Ortelzburg, ist vor zwei Jahren in deutsche Hände übergegangen. Ein erhebendes Kuriosum ist es, daß in dieser jetzt deutschen Bank immer noch, weil vor 30 Jahren nicht flüchtig, Mittel der polnischen Staatsbank, der „Bank Polski“, stecken und nun der deutschen Landwirtschaft gute Dienste leisten.

Selbstverständlich versucht der Polenbund auch organisierten Boden zu gewinnen. Er gründete eine ganze Reihe

von Vereinen der verschiedensten Art, Volksvereine, Berufs- und Wohlfahrtsvereine, Gesangsvereine, Kiebshaberbücherei und Jugendvereine und so fort. Sie stehen zwar überwiegend nur auf dem Papier, denn ihre Mitgliederzahlen sind gering und es sind meistens immer die gleichen Mitglieder



Łęby

in den verschiedenen Vereinen, aber sie werden doch sehr eifrig registriert. Denn der Polenbund braucht die kopierten Vereine für seine Auslandspropaganda, um seine ungeheuerliche Behauptung zu stützen, es gäbe in Ostpreußen 3—400 000 Polen! (Man vergleiche damit die oben angeführten Stimmzahlen.) Auch in Masuren versucht der Polenbund immer aufs neue einzudringen. Dort arbeitet er unter deutscher Flagge. Er tritt masurisch auf, gründet die „masurische“ Selbsthilfe, die „masurische“ Vereinigung, die „masurische“ Volkspartei und vieles andere. Aber alle diese „masurischen“ Gründungen flogen bisher immer noch sehr schnell auf, sobald nämlich ihre Abhängigkeit vom Polenbund aufgedeckt wurde.

Eine gewichtige Bedeutung kommt nur noch dem „Polnisch-katholischen Schulverein“ zu. Er ist gewissermaßen die kulturelle Abteilung des Polenbundes. Seine Aufgabe ist, die der polnischen Minderheit gegebenen kulturellen Rechte für die polnische Propaganda auszunutzen. In den ersten Jahren seines Bestehens war er bemüht, möglichst viele Eltern dafür zu gewinnen, daß sie ihren Kindern polnischen Schreib- und Lesunterricht erteilen ließen. Mit geringem Erfolg. Auch unsere polnisch sprechenden Ermländer und Westpreußen — was keineswegs gleichzusetzen ist mit nationalpolnisch — bewerteten es als höheren Vorteil für ihre Kinder, wenn sie gut



Großer Selmensee bei Łódź

Diese Kräfte also waren es, die uns die Volksabstimmungen aufzwangen. Sie leiteten auch von Warschau und Posen her die politische Propaganda im Abstimmungskampf, so daß er weniger eine nationale Auseinandersetzung innerhalb unserer Bevölkerung, als vielmehr ein deutscher Abwehrkampf gegen den großpolnischen Imperialismus wurde. Und unter diesem Zeichen standen auch die ersten zehn Jahre nach den Volksabstimmungen.

— Unsere kleine polnische Minderheit, die 400 Jahre friedlich inmitten der deutschen Bevölkerung saß, hätte ohne Zweifel sich dem klaren Spruch der Volksabstimmung als endgültige Entscheidung gefügt. Nicht so der großpolnische Imperialismus. Er erkannte die Abstimmungsergebnisse nicht an. Und vier Monate später war er bereits wieder auf dem Plan. Im November 1920 wurde der „Bund der Polen in Ostpreußen“ mit dem Sitz in Allenstein gegründet. Als Organisation des bodenständigen Polentums ist er belanglos. Die Zahl seiner Mitglieder beträgt nur wenige Hundert, und bei den politischen Wahlen erzielte er rund 5000 Stimmen, d. h. noch nicht $\frac{1}{4}$ v. h. der ostpreussischen Gesamtstimmenganzahl. Um so größer ist seine Bedeutung als Propagandastelle. Seine Mittraggeber sind die oben genannten nationalen Organisationen in Posen und Warschau, aber auch der polnische Staat durch seine Konsulate. Die Verbindungen sind oft genug



Segler auf dem Łódźsee

Deutsch lernen. Bessere Ergebnisse erzielte der polnische Schulverein mit der Gründung von Kleinkindergärten. In deutschen Einrichtungen dieser Art mangelt es leider noch in erheblichem Maße. Da aber der Kleinkindergarten für unsere arme Kleinbauern- und Arbeiterbevölkerung eine starke Erleichterung bedeutet, er gibt den Frauen mehr Freizeit zur Arbeit, so schiden auch gut deutsch Genannte ihre Kleinkinder in den polnischen Kindergarten, wo ein deutscher nicht vorhanden ist. Die große Aufgabe aber eröffnete sich dem polnischen Schulverein, als vor anderthalb Jahren die „Preussische Verordnung zur Regelung des polnischen Minderheitenschulwesens“ in Kraft trat. Sie erleichtert der Minderheit die Einrichtung eines eigenen Schulwesens in den für großzügiger Weise. Freilich muß diese Minderheit vorhanden sein. Denn in Ostpreußen, das doch angeblich 500 000 bis 400 000 Polen zählt, sind in diesen anderthalb Jahren nur 13 Schulen, sieben im Ermland, sechs im Kreis Stuhm, entstanden. Und was das Wesentliche ist, nur eine von ihnen hat die nach internationalen Brauch als Mindestzahl für Minderheitsschulen geltende Zahl von 40 Kindern erreicht. Viele von ihnen zählen nur 8, 12, 16 Kinder. Das heißt doch nichts anderes, als daß es eben keine echten Minderheitsschulen sind, die dem Bedürfnis einer nennenswerten, wirklich vorhandenen Minderheit entsprechen, sondern es sind reine Propagandaschulen, Mittel zum Zweck in der Hand des Polenbundes.



Der Hafen von Karszobrod wurde von den Polen als unrentabel geschlossen und liegt heute tot

Und wie hat sich nun die deutsch gesinnte Bevölkerung der ehemaligen Abgabengebiete in diesen zehn Jahren verhalten? Die Antwort ist kurz. Sie hat in richtiger Voraussicht der erneuten Anstrengungen der großpolnischen Propaganda sich sofort nach der Volksabstimmung ans Werk gemacht, die kulturelle Abwehr auszubauen. Ihre großen Volksorganisationen, die beiden Heimatdienste mit ihren Heimatvereinen, die die Abgabengebiete durchgeföhrt hatten, stellten sich auf kulturelle Arbeit um. Sie betreten das flache Land mit Vortragsabenden, Wandertinos, Gesangsvereinen, Liebhaberbühnen und Sportvereinen. Von den Städten her arbeitet der Kulturverein Majuren-Ermland, der ein Landestheater mit Hoftheaterbetrieb für zwanzig Städte ins Leben rief, ein Volkshochschulheim einrichtete, Vorträge und musikalische Veranstaltungen für alle Städte gemeinsam organisiert und die Pflege der Heimatkunde und -forschung betreibt. In ähnlicher Weise arbeitet in Westpreußen der Kulturausschuß.

So hat unsere Grenzbevölkerung aus sich heraus ein reges eigenes deutsches Kulturleben zu beachtlicher Höhe entwickelt. Und das scheint uns die beste Antwort auf die immer noch von der großpolnischen Propaganda verbreitete Behauptung zu sein, Majuren, Ermland und der Regierungsbezirk Westpreußen wären trotz dieser Abstimmungsergebnissen unerlöste polnische Gebiete. Sie sind deutsch nach ihrem Willen und deutsch nach ihrer Kultur.

Zur Zeitgeschichte

Regierungswechsel in Schweden.

Das schwedische konfervative Kabinett Kindman hat seinen Rücktritt erklärt, weil die aus den Sozialdemokraten und den freisinnigen bestehende Opposition in beiden Kammern des Reichstags die Regierungsvorlage zur Erhöhung der Getreidebölle abgelehnt hatte. Kindman hatte die Vorlage zu einer Kabinettsfrage gemacht und sich damit selbst zum Rücktritt gezwungen. Ein Mißtrauensvotum, das eine Regierung gegen ihren Willen zur Abdankung veranlassen könnte, steht die schwedische Verfassung nicht vor. Anlaß der Krise und ihre Lösung, die der Opposition, zunächst den Sozialdemokraten, dann, da diese die Nachfolge Kindmans ablehnten, den freisinnigen überlassen blieb, haben über den konkreten Streitfall hinweg für die parlamentarische Entwicklung Schwedens grundsätzliche Interesse.

Das Kabinett Kindman war nach den letzten Wahlen zur Zweiten Kammer 1928 an Stelle der Sozialdemokraten, die zwar noch die stärkste Fraktion geblieben waren, aber starke Verluste erlitten hatten, aus Ruder gelangt. Das schwedische Unterhaus setzt sich danach folgendermaßen zusammen:

| | |
|------------------|----|
| Konfervative | 75 |
| Bauernbund | 28 |
| Liberals | 4 |
| Freisinnige | 28 |
| Sozialdemokraten | 8 |
| Kommunisten | 89 |

250

Das Kabinett Kindman trat sein Amt als konfervative Minderheitsregierung an, wie das bisher der Übung des Landes sowie in Norwegen und Dänemark entsprach. Die Opposition erwartete von der jeweiligen Regierung dieselbe Loyalität und gab ihr denselben freien Spielraum, den sie gegebenenfalls einmal selbst beweisen bzw. für sich beanspruchen würde. Dieser Grundbruch wurde in Standhalten zum erstenmal von dem jetzigen Kabinett Stauning in Dänemark durchbrochen, das eine aus Sozialdemokraten und Demokraten bestehende absolute Mehrheit im Folketing besitzt und sich durch eine Koalitionsregierung aus beiden Parteien eine vorausestufte Lebensdauer für die ganze Session zu sichern vermeint. Die Frage ist, ob nicht auch die Entwicklung Schwedens in diese Richtung drängt.

Als das Kabinett Kindman an Stelle der geschlagenen Regierungspartei, der Sozialdemokraten, an deren Stelle trat, ließ sie sich allerdings — ohne koalitionsmäßige Bindung — von der Nachpartei, dem Bauernbund, ableiten, mit dem gemeinsam sie immerhin über 101 von den insgesamt 250 Mandaten verfügte. In Wirklichkeit geriet es aber durch diese lose Bindung in Abhängigkeit vom Bauernbund, dessen Interessen in erster Linie mit den unmittelbaren Forderungen gebiert wurde. Der Bauernbund war es auch, der der Regierung Kindman bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in der Frage des Meißelbegrüßungs-kontingents Schwierigkeiten bereite und der neuerdings noch die deutsche Regierung durch Kindman hatte bitten lassen, gegen das Getreidebündung (offenbar die Zufuhrprämien) einzuschreiten, da dieses dem Handelsvertrag nicht entspräche. Die Partei, die die Regierung stützen sollte, hat sie offenbar mittelbar geführt.

Dabei hat es diesen Bauernbund vor 1917 im schwedischen Parteilieben gar nicht gegeben; damals trat er erstmalig mit 12 Mandaten auf und hat sich seitdem stetig entwickelt. Entsprechend ist es in anderer Richtung den Liberalen, als rein politischer Partei, ergangen, die bis 1917 etwa die gleiche Stärke mit Konfervativen und Sozialdemokraten hielt. Jetzt ist sie auf 4 Mandate zusammengefallen, nachdem sie 1923 die Session des freisinnigen erlebte. Diese Partei, die schon einmal unter ihrem früheren Erman vor vier Jahren die Regierung gebildet hatte, blieb stets die Junge an der Waage und hat auch diesmal, trotz ihrer sonstigen Bedeutungslosigkeit — sie hat neben der Entlohnungsfrage eigentlich nur solche religiöser Art auf dem Programm —, das konfervative Kabinett abgelöst, und zwar als eine reine Parteiregierung mit einigen Fachministern, darunter dem früheren Berliner Gesandten Freiherrn Ramel als Außenminister. Der König hatte ausdrücklich dem Oppositionsführer aufgegeben, eine Regierung auf möglichst breiter parlamentarischer Grundlage zu bilden und damit die Fäden der Zeit richtig erkannt. Die Sozialdemokraten hatten sich bereit erklärt, die Regierung Erman zu unterstützen, wenn ihnen in der Frage der Arbeitslosenversicherung bindende Forderungen gegeben würden, hatten aber über persönliche Beteiligung ihrer Partei keine Wünsche geäußert. Das hängt mit den für 1931 bestehenden Neuwahlen zusammen, bei denen die Sozialdemokraten, wenn nicht die absolute Mehrheit, so doch ihre alte Stärke wiederzugewinnen hoffen und dann eine Regierung vom Zustand auf eigener Mehrheit oder in fester Koalition mit den freisinnigen zu bilden. Eine Teilnahme an der Regierung schon jetzt dürften ihnen nach aller Erfahrung die Wahlschancen verschlechtern.

Der Thronwechsel in Rumänien.

In Rumänien haben sich über Pfingsten politisch bedeutungsvolle Ereignisse abgespielt. Prinz Carol, im Januar 1926 von der Thronfolge ausgeschlossen und seitdem im Auslande, zuerst in England, dann in Frankreich in der Verbannung lebend, ist nach Rumänien zurückgekehrt und in den Pfingstfeiertagen zum König proklamiert worden. Der Regimentsrat, der seit dem Tode König Ferdinands im Jahre 1927 für den minderjährigen Sohn Carols, Michael, die Regierung führte, ist aufgelöst, aus dem neunjährigen Kinderkönig ein Kronprinz geworden. Alles dies hat sich mit überraschender Schnelligkeit und Ruhe vollzogen. Es war kein eigentlicher Staatsstreich, sondern ein einfacher Thronwechsel. Die überwiegende Masse des rumänischen Volkes ist begeistert. Sie empfindet die Rückkehr Carols als Befreiung aus einem Zustand, der, wie dies gerade die schweren parteipolitischen Auseinandersetzungen und die damit zusammenhängenden innerpolitischen

Kämpfe der letzten Wochen erst wieder bewiesen hatten, außerordentliche Gefahren für das staatliche Leben Rumäniens in sich barg. Grollend beiseite stehen eigentlich nur die Liberalen, die Anhänger des verstorbenen Ionel Bratianu und seines noch lebenden Bruders Dimitrie, denn sie, die trotz ihres Namens die eigentlichen Vertreter der Reaktion und der großkapitalistischen Interessen in Rumänien sind, waren es, die seinerzeit die Ausschließung Carols von der Thronfolge durchsetzten, weniger seiner verschiedenen Liebesabenteuer wegen, sondern in erster Linie, weil sie in ihm den Hauptträger modernerer Ideen in Rumänien sahen.

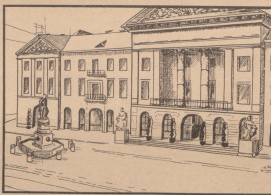
Der Thronwechsel in Rumänien kann somit für den Ausbau des neuen Rumäniens zu einem modernen Staatswesen von entscheidender Bedeutung werden. Wie er sich darüber hinaus innenpolitisch, vor allen Dingen in Bezug auf die Minderheiten, dann aber auch außenpolitisch weiter auswirken wird, wird man abwarten müssen. X.

Zum Badischen Heimattag am 11. bis 14. Juli.

Von Dr. Paul Herzog.

Das Jahr 1930 ist reich an festlichen Veranstaltungen. Neben den Oberammergauer Passionsspielen und den Festspielen zu Bayreuth ist es vor allem der Badische Heimattag, der das

badischen Vereinen an aus allen deutschen Städten, aus Hamburg, aus Bremen, aus Bonn, aus Düsseldorf, aus Hannover, aus Stuttgart, aus München, aus Kassel usw.



Karlsruhe, Pfalzhaus

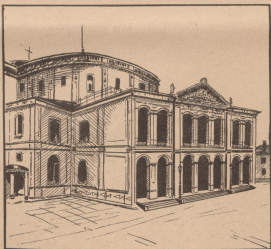
hinsichtlich der Erinnerung an den gemeinsamen verlebten Jugendtag alte Freundschaften zu erneuern und neue Beziehungen für die Zukunft zu knüpfen. Darüber hinaus soll aber auch den badischen Auslandsdeutschen gezeigt werden, daß in der Zeit ihrer Abwesenheit die Entwicklung nicht stillgestanden ist und daß die Heimat an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen hat, eifrig teilgenommen hat.

Betrachtet man die zahlreichen Anmeldungen, die täglich den Veranstaltern von Einzelpersonen und Vereinen zugehen, so gewinnt man einen imponierenden Eindruck von den eifrigen, lebhaften und festlichen Beziehungen, die das Land Baden mit der ganzen Welt verknüpfen. Mit Interesse hören wir, daß sich in den Vereinigten Staaten nicht nur die Deutschen, sondern auch die engeren Landsmannschaften organisiert haben. Neue staatliche badische Ortsgruppen sind aus Cincinnati unterwegs, aus St. Louis, Chicago, New York. Es kommen aber auch Leute aus dem Inneren Australiens, aus Ungarn, Rumänien, Spanien, Finnland, Italien, aus Belgien und Frankreich, Männen und Frauen, die vor Jahrzehnten aus Baden ausgewandert sind oder deren Väter und Großväter Auswanderer waren. Ihnen schließt sich eine fast unüberschaubare Kette von

Die Einladung zum Badischen Heimattag ergeht vom Verein „Badische Heimat“ mit dem Sitz in Freiburg, von der Landeshauptstadt Karlsruhe und dem Karlsruhe Verkehrsverein, der auch gerne zu weiteren Auskünften bereit ist. An der Spitze des Ehrenkomitees steht der badische Staatspräsident Dr. Joseph Schmitt. An Veranstaltungen sind vorgesehen: Am Freitag, dem 11. Juli, abends 7 3/4 Uhr, feierliche Eröffnung des Badischen Heimattages mit Begrüßungsansprachen von Staatspräsident Dr. Schmitt, Universitätsprofessor Dr. Eugen Gildert, Berlin, Ehrenvorsitzendem des Vereins „Badische Heimat“, Oberbürgermeister Dr. Ginter, Karlsruhe. Die Feier wird umrahmt von Musikvorträgen; an der Orgel begleitet Franz

Philipp, der Direktor der Badischen Hochschule für Musik. Von besonderem Interesse ist der während der Badener Tage abgehaltene Kongreß der führenden Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft. Im Rahmen der hier gehaltenen Einzelnorträge spricht namens der Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Baden, Geheimrat Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Universitätsprofessor in Hamburg, über „Deutschlands außenpolitische Lage“ und Paul Mommsen, Professor der Nationalökonomie an der Universität Gießen, über „Kultur und Wirtschaft“.

Eine literarische Abendfeier wird Werke von Hermann Erich Busse, Wilhelm Weigand, Alfred Mombert und Alfred Schmid-Noerr zu Gebote bringen. Einen Federbüßchen für Feinschmied bringen zwei historische Konzerte unter Leitung von Franz Philipp: „Alle Capella-Musik in Baden aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Unter einer Reihe hervorragender Vorträge seien genannt: Dr. h. c. Hermann Burte: „Allemannische Mundartdichtung“; Dr. Leopold Ziegler: „Der Mythos vom Reich“; Dr. Friedrich Muffel:



Karlsruhe, Konzerthaus

„Die werdende Weltkultur und die Mission des deutschen Geistes“; Dr. h. c. Ernst Krid: „Das deutsche Bildungsideal“; Dr. Wilhelm Hausenstein über bildende Kunst.

Der Badische Heimattag wird auch vier interessante Ausstellungen bringen. Sehr dankenswert ist die Zusammenfassung der Sieblingsgeschichte der Badener im Ausland, die von der Ortsgruppe Karlsruhe des Vereins für Deutschtum im Ausland gerichtet wird. Neben einer Kolonial- und Marineausstellung und einer vom Reichserbarch bildender Künstler angelegten großen Ausstellung „Badische Kunst der Gegenwart“ wird besonders die auch andernorts schon angelegte Ausstellung der Reichszentrale für Heimatbildn-

„Deutscher Lebenswille“. Dießen Jahre Zingen um Wieder-
aufbau und Freiheit in der Deutschen Republik, das allgemeine
Interesse auf sich lenken. Eine große Volkstundeung für das
Deutschum im Zustand und in den verlorenen Kolonien wird das
Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich, einen gebürtigen Badener,
als Leitender führen. Dies find in kurzen Zügen die wichtigsten
Veranlassungen, denen Fortsetzungen im Kunstbestreben, Kün-
denführung für das Volkswill und den deutschen Wald folgen
werden. Die nächsten Tage der Heimtagung von einem großen
Orchester und Chorkonzert, das Werke deutscher Musiker zum
Vordruck bringen wird.

Schrifttum des Badischen Heimatvereins.

Im Zusammenhang mit dem Badischen Heimatstag sei an die Zeitschrift „Badische Heimat“ (Verlag G. Braun in Karlsruhe) erinnert, die vom Verein Badische Heimat und ihrem

verdientlichen Schriftsteller Hermann Eris Bussle in Jahrbüchern herausgebracht wird. Das Heft für 1930 ist wie die vorhergehenden einem Sondergebiet gewidmet. In dem 122 Seiten starken mit über 100 Abbildungen gezierten Heft wird „Singen und der Hegau“ als Landwirtschaftsgebilde von besonderer Eigenart und Prägung geschildert. Ludwig Finckh, Arzt und Dichter zu Gaienhofen, gibt eine landschaftlich und geschichtlich reizvolle Schilderung vom Hegau, Feuer und Wasser, stellt er fest, haben in brüderlicher Gemeinschaft das fruchtbare Bodenseesorland geschaffen, das man Hegau nennt. Der Hegau ist reich an Rudeln und Kuppeln, Schlössern und Burgen, Städten und Dörfern, Kläffen, Weibern und Prägen. Hier ist noch abgelebene Welt, in der man tagelang keinem Fremden begegnet. „Dem Hegau blicken die weißen Ähre der Alpen über die Schultern.“ Wie es auf dem



Das Höhenrücken

diesem Punkt haben sich große Völkerbewegungen geschnitten: Von Westen kamen die Rentierjäger und Kelten, von Süden die Römer und von Norden die ersten Indogermanen und inöster die Germanen.

zu den prähistorischen und historisch-römischen Entdeckungen gefellen sich die weniger bekannten Funde frühmittelalterlicher Töpferkunst, über die Alfonso Bedé, Konstanx, eine gewissenhafte systematische Übersicht bietet. Erwähnt sei auch der aufschlußreiche Ausfluß über die Hegausstädte Engen, Aach, Blumenfeld und Tengen aus der Feder des Regierungsverwalters P. Mohr. Der Schöpfer des Hegau-Museums, Apotheker H. Funk, liefert einen aufschlußreichen Beitrag über Singen, die in amerikanischem Tempo sich vergrößernde Stadt des Hegaus, deren Wachstum auch außerhalb Badens Erfahrenen erweist hat. Dem Dichter Otto von Scheffel sind zwei Betrachtungen gewidmet. Professor W. G. Ziegler, Karlsruhe, selbst Hegau von Geburt, schreibt in kurzen Zügen die hauptsächlichsten Literaturdenkmäler der Gegend. Seit den kirchlich-latentischen Zeiten ist hier das Dichten nicht ausgefallen. Von den Modernen seien nur zwei Schriftsteller genannt, die hier karer dichterische Einbrüche empfangen haben, Emil Strauß und Norbert Jacques.

Sehr fein führt auch Dr. E. Kaufmann, Oberbürgermeister von Singen, in die wirtschaftliche Struktur des Hegaus ein. In der Landwirtschaft sind die Kleinbetriebe vorherrschend. Schon kann man aber eine starke Abwanderung in die Industrie fest-

Stellen. Am raschesten ist
Singen industriell gewor-
den. Hier machte sich die
Schweizerische Maschinenfabrik
geltend. Werde von Weizen
in die Mägen (S. m. b. h.,
N. o. s. der Eisen- und
Stahlwerke, die Aluminium-
Werkzeuge Dr. Kauber u. a.
mehr. Mit einer Literatur-
übersicht schließt der
Herausgeber Hermann
Eris Basse die in-
teressante Schrift, die nicht
nur den tiefen und un-
günstigen Einbild gewährt
in eine der interessantesten
Kampfschichten Baden, son-
dern auch einen impos-
nierenden Eindruck ver-
weckt von dem volkrecht-
lichen Schrifttum, das hier
im südbadischen Grenz-
bezirk zu Hause ist. Hoch-
achtungsvoll grüßt mich
Paul Sättel und
Fensler umgeben das
Ganze, h.



Eiffelturm
im Meitner-Museum



Aus einem babylonischen Stadtteil

Zum Verfassungstag

Eine Zusammenfassung von Reden, Zitaten, Gedichten,
Daten und Vorschlägen zur Ausgestaltung
von Verfassungsfeiern

Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst

Die diesjährigen Verfassungsfeiern stehen unter dem Eindruck der
Rheinlandbefreiung! So bringt diese aktuelle Schrift, die in den
Vorjahren in vielen Tausenden von Exemplaren in ganz Deutschland
Verbreitung fand, wertvolles, zum Teil
unveröffentlichtes Material zum Thema der Rheinlandbefreiung

Preis broschiert 1.— RM.

Soeben Neuauflage in bedeutend erweitertem Umfang erschienen!

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Potsdamer Straße 41
Fernsprecher: Rurfürst 2881

Soeben erschien:

Die zweite Nachkriegsepoche

(Vom Dawesplan zum Haager Abkommen)

Mit einem Anhang von Dokumenten, Auszügen
aus Reden, Verträgen usw.

Von

Werner Freiherr von Rheinbaben, M. d. R.

Staatssekretär z. D.

Preis broschiert 0,50 RM.

Die „Dresdener Neueste Nachrichten“ schreiben:

„... Auf noch nicht einem Druckbogen eine kurze, doch übersichtliche und
im ganzen zutreffende Schilderung der Geschehnisse in der Zeit zwischen Dawesplan
und Young-Abkommen, ... nicht unteilhaftig, fein unbedingter Lobredner temporis
akti ... Ungefähr so wie in der Tat die Summe dieser letzten Jahre sich
ziehen lassen ...“

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Neu erschienen:

Richtlinien der Reichszentrale für Heimatdienst

- Nr. 190. Der Neue Plan . . . 0,15 RM.
Nr. 191. Italien . . . 0,10 RM.
Nr. 192/3. Die deutsche
Reichsbahn . . . 0,25 RM.
Nr. 194. Das Gesetz zum
Schutze d. Landwirtschaft . . . 0,15 RM.
Nr. 195. Minderheitenfrage
als europäisches Problem . . . 0,15 RM.
Nr. 196. Der Weg zur
Finanzreform . . . 0,15 RM.
Nr. 197. Reichshaushalt
1930 und Finanzausgleich . . . 0,15 RM.
Nr. 198/9. Die Not der
preussisch. Ostprovinzen . . . 0,25 RM.
Nr. 200. Die nordischen
Länder . . . 0,25 RM.

**Zentralverlag G. m.
b. H.
Berlin W 35**

Gesundung, Band 1:

Stoffwechselkrankheiten und Ernährungsstörungen, deren
Verhütung und Heilung / Herausg.: Prof. Dr. Gudrost
90 S. Dia A 5, Zwölfgr. Umschl. / **Magerkeit-
Fettleibigkeit - Zuckerkrankheit - Rachitis u. a.**

Verhüten ist besser als heilen!
Bestellen Sie darum sofort „Gesundung“
Bd. 1 v. Verlag H. S. Hermann GmbH,
Berlin SW 19, Postcheck-Konto 20781.

Preis
RM 1,50
u. Porto

Neubau- Wohnungen

Tempelhof:

Blanke Hölle, Nähe Kaiser-Wilhelmstraße.
Straßenbahn-Haltestelle Linie 60.

1½-, 2- u. 2½-Zimmer-Wohnungen

Besichtigung: Montag, Mittwoch, Freitag,
Sonntag 1—6 Uhr, Sonntag 10—1 Uhr.

Vermietungsbüro: dortselbst, Wittekindstr. Haus 24.

Lankwitz:

Nähe Kaiser-Wilhelmstraße.

1½-2½-Zimmer-Wohnungen

Besichtigung: täglich 1—6 Uhr.

Vermietungsbüro: dortselbst, Renatenweg 13.

Sofort vermietet und beziehbar.

Grüner Neubauschein erforderlich.

**Sämtliche Wohnungen sind mit neuzeitlichem
Komfort (Zentralheizung, Warmwasser,
mechan. Waschküche) versehen.**

De - Ge - Wo

Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues,
Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Berlin.

Von der Überseepflanzung direkt nach dem Bremer Freihafen ...
von dort direkt in die Berliner Großrösterei unseres Hauses ...
und aus der Großrösterei direkt zu Ihnen!

Nur so können Sie die Kaffeezollerhöhung sparen!

Decken Sie bei uns Ihren Bedarf an

Kaffee

Sorte 0 Hausmischung, wirklich gut und ergiebig ... Pfd. 2,50 RM

Sorte 1 Camplene-Mischung, sehr wohlgeschmeckend

Zusammensetzung ... „ 5,50 „

Sorte 2 Guatemala-Mischung, hochfein, ergiebig ... „ 3,50 „

Sorte 3 Java-Spezial-Mischung, hochfeiner, Pflanz-

lagen-Kaffee, wunderbar schmeckend, hervor-

ragender Geschmack ... „ 3,80 „

Sorte 4 Imperator-Mischung, das Feinste v. Feinem,

nur Hochgewächse ... „ 4,50 „

ab 5 Pfund: 15% Rabatt, Lieferung frei Haus.

Kakao

„von Daak“, Kakao Sorte I ... Pfd. 1,40 RM

„von Daak“, Kakao Sorte II ... „ 1,00 „

Wir liefern in Packungen von ½ und 1 Pfund.

Bei Abnahme von 1 Pfund geben wir 5% Rabatt.

See

direkt aus dem Import genommen!

Nr. 1 Ostindische Mischung ... Pfd. 4,50 RM

Nr. 2 Java-Orange-Pecoo ... „ 5,25 „

Nr. 3 Ceylon-Orange-Pecoo ... „ 4,50 „

Nr. 4 Darjeeling-Orange-Pecoo ... „ 7,50 „

Nr. 5 Darjeeling Hochgewächse ... „ 6,00 „

Sie erhalten auf jedes Quantum 5% Rabatt.

Ein Versuch überzeugt!

**HANSEATISCHES IMPORTHAUS
VON DAAK & CO. G. M. B. H.**

KAFFEEIMPORT / GROSSRÖSTEREI

BERLIN-WILMERSDORF

Brandenburgische Str. 21 • J 2, Oliva 6100/01

Großdruckerei führend

Seit Jahrzehnten sind wir als

W. BÜXENSTEIN
BERGMANN 7300-7308
ALLGEMEINE VERLAGS- UND DRUCKEREI-GESELLSCHAFT MBH

FRIEDRICHSTRASSE 240-41

**OFFSETDRUCK
BUCHDRUCK
TIEFDRUCK**

**Werbedrucke
Werke, Zeitschriften
liefern wir
prompt und preiswert**

**CHEMIGRAPHIE
BUCHBINDEREI**

Moderne Typografie unter künstlerischer Leitung

8 TAGE ZUR ANSICHT! ÖLGEMÄLDE

Wir liefern Ihnen von **25.- M.** an gute Ölgemälde namhafter Künstler. Verlangen Sie phot. Abb. Nr. 110 oder beschicken Sie unverzüglich unsere Ausstellung. Für Besuche Zahlungsanweisung o. b. s. Preisnachschlag.

DER KUNSTKREIS G. m. b. H.
Verkaufsstelle d. DEUTSCHEN MALER-GILDE E.V.,
BERLIN C 25

Kurze Straße 17 (hinten dem Lehrervereinshaus).
Tel.: Kypfengr. 4048, Gesch. 9-6, Sonnt. 9-6.
Versand nach allen Ländern Deutschlands.



RHEINGOLD

Silberbestecke

und Tafelbestecke mit 100 g Feinsilberauflage. — 8 Tage zur Ansicht, 6—18 Monate Kredit. Die neuen rasenden Modelle „Grün“, „Rokoko stilrein“, „Fächer“ sind jetzt lieferbar.

Zur Einführung Werbepreise

Verlang. Sie unverz. Katalog. Rheingold Silberwaren-Gesellschaft, W. Kraus & Co., Mettmann (Wald), Schleif. 45.



Mehr als 2 1/2 Millionen R.-Mark vergüten wir unseren Versicherten

auf die im Geschäftsjahr 1929
schadenfrei verlaufenen Policen
ab 1. Juli 1930

Ein weiterer Grund dafür, daß
auch Sie sich sofort vorsorglich
gegen die Schäden der Krankheit
bei uns versichern sollten.

Vereinigte

Krankenversicherungs Aktiengesellschaft

Berlin W 50, Neue Obersbacher Str. 7

Teleph.: Sammel-Nr. B5 Barbarossa 9431

Kapital und Reserven über 10 Millionen RM.

Hier abtrennen

An das

Spezial-Büro für die Beamtenverbände
Otto Mack, Berlin O 17, am Ostbahnhof 12

Ich bitte Sie um unverbindliche Zusendung
Ihres Prospektes, bezw. unverbindlich bei mir vorzu-
sprechen.

Name: _____

Adresse: _____

Edsten Tüster

Vollfett-Käse

(gar. m. 45%, Fett) u.
la Steinbuscher-
Vollfett-Käsen
können Sie zu
Großhandelspreisen
die v. Fabrikanten
beziehen. Postkolli
Versand 4 9 Pfd.
Dampfmolkerei
Sage, Sillien 4 (Bsp.).
Kr. Tilsit, Ragnit.



Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Stofte

Nur Beamten und Festsohlbedeten

liefern wir seit 1884 dir, ab unserer Fabrik

Oberbetten, Unterbetten, Plumeaus und Kissen, Bettfedern und Daun

streng vertraulich ohne Anzeigung gegen
9 Monate Ziel und monatliche Raten.

Erste Rate 1 Monat nach Lieferung.
Jedes Bett wird für jeden Kunden nach ge-
strophener Wahl besonders angefertigt.

**Minderwertige Ware
führen wir nicht.**

It. amt. notarieller Bestätigung:

1. Über 400 000 Kunden in mehr als 10000 Orten.
2. Über 100 000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
3. Viele Kunden schreiben, daß solch gute Betten am eigenen Platz zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.

Köln 149, Trierer Straße 13.

Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.

Verlangen Sie kostenlose Muster und Preisliste,
auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Abessinierbrunnen



kann jeder
selbst aufstel-
len. Manchet-
ten u. Klappen
sow. ständige
Reserveteile, für
alle Pumpen
passend, sofort
lieferbar.

Illustrierte Preisliste gratis.

A. Schepmann, Pumpen-
fabrik, Berlin N 360, Chaus-
seestraße 88

Brielmarkensammler



verlangt sog. Pro-
buntmuster oder
größten Fach-
schrift mit wirt-
schaftl. Mitteilungen

„Die Post“ Berlin N 18

Friedrichstraße 131 d

Günstige Gelegenheit! Silberfische,

erstklassen, erprobte Zuchtpaare, „sehr gut“
gekört oder Jungpaare, preiswert zu ver-
kaufen. Tiere können auf Wunsch auf be-
deutender Farm günstig in Pension und Zucht-
gemeinschaft bleiben unter Garantie für
Leben (gleichzeit. Ersatz bei Verlust) und
Vermehrung (Jahres-Durchschnitt) also ohne
Risiko. Sehr gut verk. Kapitalanlage.

Anfragen unter N. D. 417 an Dr. Walter Setz-
fand, Ass.-Expod., Berlin SW 48, Friedrichstr. 239.

Tafelbutter

Allerleinst Odenburger

(Markenname) preisgünstig

a. pasteurisiertem Rahm,

verwendet täglich frisch in

Postpak. von 6 und 9 Pfd.

Da in 1 u. 2 u. 3 Pfd.-Stücken

verp. geg. Nachnahme u.

Tagesspreis

Erste Badelager Molkerei

Ges. Ruhwaden 18. (Oldsb.)

Jetzt ist der Moselwein billig!

Veruchen Sie

also 189, Bier oder Kiste

29 er Meischner 0,55

29 er Gläserer Kälgs-

berg 0,55

29 er Schwarze Katz 1,30

27 er Kinsheimer-Eulay 1,40

27 er Throner Sekt 1,70

21 er Riesinger Fischer

(natur) 1,35

auch sort. Forst Rotwe-

in, Thachwe 0,35, Glas

hellweiss (0,35) p. Fl.

sof. bestellen u. Preisliste

verlangen. Laufende An-

erkennungen, Teilzahlung!

Weinkelerei Schilling,

Berncastel 60 (Mosel).

Wäscheversand

Leistungsfähig in

Frottierrhandtücher, Badetücher, Bademäntel,

Oberhemden, Bett-, Tisch-, Küchenwäsche

Paul Hartmann, Gera (Thür.).

Wäsche

Bismarckstr. 17

Herren- Speise- Schlafzimmer

Damenzimmer

Polstermöbel

erstklassige aparte

Modelle billigst

Zwanglose Besichtigung jederzeit

Model-Enrich

F. Schönfeldt

Potsdamer Straße 90

Potsdamer Straße 90

Potsdamer Straße 90

Potsdamer Straße 90

Potsdamer Straße 90

Potsdamer Straße 90

Potsdamer Straße 90

Potsdamer Straße 90